

parlament von links

Die Linke.PDS-Fraktion
im Sächsischen Landtag
Dokumente und Standpunkte

05-06/2006



Die Linke am Pranger - die Nazis im Boot:

Die Geschichte der Abgeordnetenanklage gegen den Vorsitzenden der Linksfraktion.PDS ist ein politischer Prozess. Um ein Berufsverbot für Porsch zu erreichen, paktierten die „Stasi-Jäger“ aller anderen Landtags-Fraktionen mit der NPD und schafften dann nicht mal ihren Hamselfprung.

Seiten 6 - 8

Nach der Flut:

Der „Jahrtausend-Flut“ 2002 folgte im Frühjahr 2006 ein zerstörerisches Hochwasser und spülte politische Fragen hoch.

Seiten 10 - 11

Was würde Jesus dazu sagen?

Gegen die um sich greifende Bosheit wollte die sächsische Sozialministerin Kindergarten-Kinder in die Christenlehre schicken.

Seiten 12 - 13

Die EU und der Arbeitsmarkt:

Ein Stellvertretender Minister, Gewerkschafter und Unternehmer kamen zur Konferenz der Linksfraktion.PDS nach Görlitz.

Seiten 18 - 19

Zur Haushaltsdebatte 2006:

Der Traum vom Gespräch mit dem Enkel, das Interview mit dem Haushaltspolitischen Sprecher und die nötige Lehrerschaft.

Seiten 20 - 24



Liebe Leserin, lieber Leser!

Diesmal zumindest wird Das Erste als Letztes geschrieben, und ich kann dabei erleichtert feststellen, dass sich unsere Beiträge von selbst erklären: als Beschreibung von Vorhaben, als Arbeitsberichte und Zusammenfassungen. Das ist passiert, zumindest, haben wir mit passieren lassen. Und Gelegenheit, auf das beinahe Vergessene einzugehen, ist auch noch, weshalb allen möglichen Interessierten diese Notiz ans Herz gelegt und in den Kalender gerückt sein soll:

27. Juni 2006, 17.00 - 20.00 Uhr

Sächsischer Landtag, 01067 Dresden

Gespräch der Abgeordneten mit Kommunalpolitikern und Verwaltungsfachleuten

„Anforderungen an einen zukunftsfesten kommunalen Finanzausgleich in Sachsen“

Und dazu wiederum fällt mir ein, dass wir die Pariser Kommune vergessen haben, die hundert Tage vor 135 Jahren, die als die welterste kommunistische Revolution gelten. Wir lernten in der Schule, wir stünden auf ihren Schultern, und wir hätten die Commune hier gut befragen können, was sie mit unserer kommunalen und parlamentarischen Politik zu tun hat.

Immerhin ging es den Pariser Arbeitern und Handwerkern damals um eine so unpraktisch fundamentalistische Idee wie die eines Arbeitergehalts für die Bürgermeister. Und ihre wohl radikalste Forderung und gesetzliche Festlegung: Die Bäckergesellen müssen erst um 5.30 Uhr zu arbeiten beginnen. Und weil das Land noch im Kriegszustand mit Preußen war, ernannten die Pariser Kommunalpolitiker den von dort emigrierten Goldschmied Leon Frankel zu ihrem Kommissar.

Wenn Sie nicht glauben, dass das fast alles war, dann trägt Sie Ihre Erinnerung, und um so etwas wie die Eigentumsverhältnisse und eine Kampfansage an den Kapitalismus ging es damals so wenig wie im Sächsischen Landtag gewohnt. (Wer von den Kapitalisten hätte mitmachen wollen, hätte auch mitmachen dürfen.)

Andererseits wäre wohl mehr als ein „pvl“-Sonderheft nötig, um zu diskutieren, ob Karl Marx mit Recht schrieb, diese im März 1871 erzwungene Kommunalwahl sei ein „Ausgangspunkt von welthistorischer Bedeutung“ gewesen - die Antwort auf die Frage, was eine „Diktatur des Proletariats“ sei und alles anstellen solle. Oder um sich zu erinnern, dass damals nicht eine faschistische Meute, sondern die Armee der Republik tausende fauler Bäckergesellen und ihre Sympathisanten niedermetzelte...

Nur eine angstvolle Überreaktion oder vielleicht doch die vom Standpunkt der Bäckerei-Unternehmer angemessene Maßnahme?



Ich denke übrigens: Letzteres. Denn so harmlos, egoistisch und uns womöglich in unserer heutigen Lebensweise störend die Forderung der alten Pariser Bäckergesellen klingen mag - sie artikulierte den Anspruch der Arbeitenden, über die Bedingungen und die Zwecksetzung ihrer Arbeit bestimmen zu wollen und bestimmen zu können. Und damit wurde die verwaltungstechnische Einheit der Kommune Paris eben zur Commune de Paris, zum ersten Sowjet der Arbeiter selbst.

Und während wir auch im Sächsischen Landtag von der Regierungsmehrheit und ihren blaugelben und grünen Sekundanten immer wieder zu hören bekommen, derlei wäre Gott sei Dank vorbei und käme nie wieder, genügte in Frankreich der Regierungsvorstoß zur Lockerung des Kündigungsschutzes für die Minderheit der Jugendlichen, Millionen auf die Straße zu bringen... Sie sehen: Solche Erinnerung und den Ausblick nach Europa sollten wir nicht vergessen.

Und das noch: Verzeihen Sie mir den Blick auf meinem Bild. Das habe ich für meinen Pass machen lassen, nach der von der Bundesregierung verlangten Schablone. Die denken, wir müssten so aussehen, und sie wissen wohl, warum.

Dafür mit um so freundlicheren Grüßen

K.P. Schwarz



Dr. Klaus-Peter Schwarz ist Mitarbeiter für Öffentlichkeitsarbeit der Linksfraktion.PDS

Inhalt:

Das Erste	2
Brauchen wir Sachsen?	3
Karli und Karl-Chemnitz-Stadt	4/5
Die Linke am Pranger - die Nazis im Boot	6-8
Leserbriefe	9
...nach der Flut. ein Interview	10-11
Gesundheitscheck negativ	12-13
Kein Werte ohne Religion?	14-15
Pausenzeichen	15
Das Parlament. Aktuelle Anträge und der „Dringliche Antrag“	16
Fundstück des Monats	17
Ministerieller Segen für drei große „K“	17
„Länderübergreifender Arbeitsmarkt“ Unsere Arbeitsmarkt-Konferenz	18-19
Unterwegs in die Haushaltsdebatte 2006 Ein Gespräch mit meinem Enkel Rechnung von Links. Interview Wieviele Lehrerstellen braucht das Land?	20 21-22 23
Bautzen, Freital, Leipzig... Neonazis und der 1. Mai Sieg der Vernunft in Reinhardtsdorf	24-25 26
„Kurze Wege für kurze Beine“	26
Café Scholz	27
Serbska Strona Die Sorbische Seite auf deutsch	28 29
Burg Hohnstein. Die Linksfraktion traf sich an historischer Stätte	29
Ein Sorbe in Australien	30-31
Das Letzte	32

Titelfoto: Elke Fahr

DIE LINKE. PDS
Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenu-Platz 1, 01067 Dresden
Tel.: 0351/493 5800 Fax: 0351/493 5460
mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
http://linke.pdsfraktion-sachsen.de/

Redaktion: Elke Fahr, Marcel Braumann (Vi.S.d.P.),
Layout: Dr. Klaus-Peter Schwarz
monatliche Auflage: 16.000 Stück
gedruckt im Druckhaus Dresden GmbH

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt Positionen der Linksfraktion.PDS wieder.

Brauchen wir Sachsen?

Linksfraktionschef Prof. Peter Porsch

zur Diskussion über ein Großbundesland Mitteldeutschland

Brauchen wir eigentlich Sachsen? Die DDR-Bürokraten sagten Nein und machten drei Bezirke draus, was nichts daran änderte, dass die Bevölkerung sich als sächsische fühlte und nach der politischen Wende kein Thema so unumstritten war wie die Wiederherstellung des Freistaates Sachsen. Nun hören wir von einem vielstimmigen, parteienübergreifenden Chor der Länderfusionsbefürworter; unsere Zukunft heiße Großbundesland Mitteldeutschland. Die Argumente entsprechen scheinbar dem Zeitgeist und dem Gebot des Bürokratie-Abbaus: Aus drei Landesverwaltungen wird eine, das spart doch kolossal.

Verwaltung, Regierung und Parlament sind aber beileibe nicht alles, was ein Bundesland ausmacht. Die Bundesländer sind Ergebnis eines langen historischen Prozesses und zualtererst Kultur- und damit Identifikationsräume.



Wenn man sich an die objektiven Befunde hält, ist die Frage nicht leicht zu beantworten. Wir finden viele Gemeinsamkeiten in der Geschichte vor und dennoch auch viele Unterschiede, es gibt sprachliche Gemeinsamkeiten und deutliche Differenzen. Das Wichtigste aber ist: Nicht die objektiven Befunde sind entscheidend, sondern die von den Menschen selbst gefühlten Unterschiede. Und die sind offenkundig erheblich.

Kooperieren versagt hat, sollte sich das Kopulieren noch sehr gut überlegen! Zumal wenn's ein Dreier werden soll."

Mit der europäischen Kulturstadt Görlitz-Zgorzelec haben wir ein schönes Beispiel von kulturell begründeter Kooperation vor Augen, die nicht nur Bundesländer-, sondern Staatsgrenzen überschreitet. Es wird in absehbarer Zeit keine Übertreibung sein zu behaupten, dass die Be-



Fotos: efa

Dann können sie auch Instrument und Form zur Herstellung einer größeren gesamtstaatlichen politischen Einheit sein, die aber kulturell differenziert ist. In dieser Dialektik gründet der deutsche Föderalismus, nie spannungsfrei, wie nicht zuletzt das gegenwärtige Tauziehen um die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern belegt, aber stets ein Motor der wechselseitigen Inspiration und des geistig-kulturellen Austausches zwischen den Regionen.

Die Stärke der kulturellen Identität ist natürlich unterschiedlich ausgeprägt, bei den einzelnen Menschen und in den Regionen. Auch dies gehört zur kulturellen Differenz. Gerade weil die kulturelle Differenz die Grundlage der Bundesländer bildet, dürfen sie nicht beliebig zugeschnitten werden. Wer sich einzig am administrativ Günstigsten orientiert, vertritt das Modell der Verwaltungsbezirke, wie wir sie in der DDR hatten. Wer Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt vereinigen will, muss sich schon der Frage stellen, ob dafür ausreichend kulturelle Gemeinsamkeiten vorhanden sind.

Deshalb lässt sich über Länderfusionen nicht am grünen Tisch entscheiden, und klugerweise macht das Grundgesetz Volksabstimmungen zur Voraussetzung für Länderfusionen. In der Geschichte der Bundesrepublik ist dies erst einmal gelungen, nämlich bei der Bildung des Landes Baden-Württemberg 1952. Sage aber keiner und keine, deshalb seien in diesem Bundesland alle Schwierigkeiten des Zusammenlebens kulturell nach wie vor unterschiedlich geprägt und dialektal sich deutlich unterscheidender Menschen ausgeräumt.

Ob wir also Sachsen brauchen, haben die Menschen in Sachsen zu entscheiden. Und das ist auch gut so. Denn das Scheitern der von den drei CDU-geführten Landesregierungen ausgerufenen Mitteldeutschland-Initiative kann nicht dem Umstand in die Schuhe geschoben werden, dass es drei Länder gibt. Im Gegenteil, ich habe in der Aktuellen Debatte des Landtags zum Thema Länderfusion angemerkt (weil man ja ein Thema, das seit Jahren wie eine Gebetsmühle in Schwung gehalten wird, auch nicht zu bierernst abhandeln sollte): „Wer schon beim

wohner von Görlitz und Zgorzelec mehr miteinander verbindet als die von Görlitz und – beispielsweise – Stendal. Was sich zu beiden Seiten der Neiße rund um die neue Altstadtbrücke entwickelt, unbeschadet der zeitweilig erheblichen administrativen Hemmnisse auf beiden Seiten, zeugt von der Kraft kultureller Motive. Hieraus bezieht auch die Vision vom Europa der Regionen ihre Dynamik.

Die Bundesländer, vor allem die mit Grenzen zu den Nachbarstaaten, werden im zukünftigen Europa eine Schlüsselrolle einnehmen. Dieser Aspekt spielt leider in der gesamten Diskussion über die Föderalismusreform keine angemessene Rolle, die weitgehend in den Mustern altbundesdeutscher Technokraten-Machtkämpfe befangen bleibt. Wir brauchen Sachsen, weil es weder einen zentralistischen Bundesstaat Europa noch ein am Nationen-Begriff des 19. Jahrhunderts ausgerichtetes „Europa der Vaterländer“, sondern ein interkulturelles Europa der Regionen geben wird, in dem wir als Sachsen unser Zuhause haben.



Foto: efa

Karli und Karl- Chemnitz-Stadt

Erik Reinert besuchte MdL Karl-Friedrich Zais in der „Werkstatt“ Sachsens

„Hier brennt's“, sagt Karl-Friedrich Zais. Eine halbe Stunde sitzt der Abgeordnete nun beim Betriebsleiter im Chemnitzer Strickmaschinenbau, an dessen holzgetäfelter Bürowand eine Urkunde vom 150. Werksjubiläum kündigt. Zunächst hätte man annehmen können, dass auf die lange Tradition auch eine halbwegs gesicherte Zukunft folgen würde. Zwar befindet sich der Betrieb mit seinen 160 Mitarbeitern seit vier Jahren in Insolvenz. Doch das Management des Unternehmens, das in guten Zeiten mehr als 1300 Rundstrickmaschinen im Jahr nach Indien, China oder in die Türkei verkaufte, hat ein neues Konzept erarbeitet, Teilhaber gefunden, die Finanzierung geklärt. Der Neustart, scheint es, kann erfolgen. Der Eindruck aber trügt. Auf Zais' beiläufige Frage hin stellt sich heraus, dass vor kurzem fast die gesamte Belegschaft nach Hause geschickt und die Auftragsannahme gestoppt wurde. Für den Neubeginn ist ein Bürgschaftsantrag des Freistaats nötig, der bislang nicht sicher ist. Die Zukunft des Unternehmens steht auf Messers Schneide, sagt der Betriebsleiter: „Jeder Tag ohne Entscheidung ist schädlich.“ Zais verspricht, sich zu kümmern, beim Ministerium, im Wirtschaftsausschuss des Landtages: „Das muss jetzt sehr schnell gehen.“

Ein Kahlschlag ohnegleichen

Für Karl-Friedrich Zais weckt der Termin im dritten Stock des stillen Fabrikbaus im Chemnitzer Süden unguete Erinnerungen. Bevor der 54-jährige Ingenieur 1999 erstmals in den Landtag gewählt wurde, arbeitete er im Vertrieb einer Chemnitz-

zer Metallbaufirma, die 1992 aus dem einstigen Werkzeugmaschinenkombinat „Fritz Heckert“ ausgegründet worden war. Ein erster Investor griff jedoch nur Fördergelder ab und machte sich davon. Auch hier sprangen Mitarbeiter in die Bresche, gaben Geld, übernahmen Risiken. In diesem Fall gelang der Übergang; Zais besucht „seine“ Firma noch immer regelmäßig. Nicht nur aus persönlicher Erfahrung liegt dem Abgeordneten, der sich im Landtag um Wirtschaftspolitik kümmert, die traditionsreiche Industrie nahe. Chemnitz war als „sächsisches Manchester“ eine Wiege der industriellen Revolution und noch in der DDR für ein Viertel der gesamten Industriewertschöpfung verantwortlich. Nach 1990 grieten Firmen jedoch reihenweise ins Trudeln. Viele verschwanden, mit ihnen Zehntausende Arbeitsplätze. Es war, sagt Zais, „ein Kahlschlag ohnegleichen“.

Ein Fünftel ohne Job

Auch heute muss immer wieder um einzelne Betriebe gerungen werden. Erfreulich viele Firmen aber haben sich in die Marktwirtschaft gerettet - dank des Engagements von Belegschaften und Management, von Gewerkschaft und Landespolitik. Dass Chemnitz und die Region im Südwesten Sachsens weiterhin „Werkstatt“ des Freistaats sind, zeigt eine Karte im Büro des Technologie Centrum Chemnitz (TCC). Hier sind Firmensignets von Betrieben wie Union, Niles-Simmons oder VW zu sehen. In 160 Betrieben der Stadt gibt es laut Statistischem Landesamt knapp 13 000 Arbeitsplätze. Dass diese Zahl zu klein ist, betont Zais regelmäßig -

noch immer ist knapp ein Fünftel der Chemnitzer ohne Arbeit. Dass den Unternehmen nach den Hürden des Einstiegs in die Marktwirtschaft neue Probleme ins Haus stehen, erklärt er ebenso unumwunden: Zunehmend fehlen in der Stadt, die viele junge Menschen verloren hat und heute den höchsten Altersdurchschnitt aller deutschen Großstädte aufweist, Facharbeiter und Ingenieure. Wie damit umgegangen wird, daran entscheidet sich die Chemnitzer Zukunft, sagt Zais.

Gründer unterstützen

Im TCC wird die Herausforderung angenommen. Regelmäßig kommen Schulklassen in den Gebäudekomplex an der Annaberger Straße, in dem frisch gegründete, technologieorientierte Unternehmen erste Schritte gehen. Acht-klässler stehen stauend vor Anlagen, in denen Hochdruckwasserstrahlen dicken Stahl schneiden - und erfahren, mit welcher Ausbildung sie ähnliche Maschinen entwickeln können. Damit erweist sich das TCC als „Geburtsheifer“, ebenso wie für bisher 130 kleine Firmen, die hier gegründet wurden und dann in die Stadt und weit darüber hinaus ausschwärmten. Zais hört beim seinem Gespräch im TCC gut zu, fragt oft, schreibt viel. Die Technologiepolitik soll neu ausgerichtet, die Förderung von Technologietransfers anders justiert werden, hört er: Es gibt die Sorge, dass für die Unterstützung von Unternehmensgründungen künftig ungünstigere Bedingungen herrschen, obwohl Sachsen im internationalen Vergleich ohnehin eine niedrige Gründerquote aufweist. Die Neuausrichtung „wird sich im Haushalt zeigen“, sagt Zais: „Den schauen wir uns in dieser Sache genau an.“

Gelegentlich die große Klappe

Gespräche wie im TCC oder im Strickmaschinenbau führt der Linkspolitiker Zais gern. Der gelegentlich geäußerten Meinung, die Linkspartei sei „nicht überall gewollt“, widerspricht er energisch. „Man misst uns Kompetenz zu“, sagt Zais: „Man muss freilich hingehen, wo man gebraucht wird.“ Dazu gehören Verbände und Gewerkschaften ebenso wie ein Verein, den Zais im Heckertgebiet besucht und der sich um die Integration von Aussiedlern bemüht. An einer Tafel sitzen Frauen, die einst in Kirgistan und Baschkirien als Opernsängerin oder im medizinischen Labor gearbeitet haben, jetzt teils seit Jahren arbeitslos sind und erleben, wie ihre Kinder in den Westen abwandern. „Chemnitz ist schön“, sagt eine Mittfünfzigerin, „aber leider gibt es keine Arbeit.“ Den Satz könnte Zais sofort unterschreiben. Der gebürtige Stollberger, der später in Zwickau studierte, lebt seit den 70er Jahren in Chemnitz und ist nicht nur sprachlich in der Stadt angekommen. Dass die einstige Sportstadt, die Hochburg für Schwimmer und Leichtathleten war und im Fußball einen Oberligaverein aufzuweisen hatte, heute in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, ärgert Zais, der selbst Fußball gespielt und geboxt hat. Jüngst gab es nach Jahren wieder einen Europameistertitel, und zwar für junge Turnerinnen. Dass Fördermittel für den Turnsport trotzdem weitgehend in Leipzig konzentriert bleiben, will er deshalb ändern. Dass Zais als Politiker solch breit gestreute Themen aufgreift, ist auch dem Umstand geschuldet, dass er seit 2004 direkt gewählter Abgeordneter ist. Im Wahlkreis

Chemnitz 4 holte er 36,8 Prozent und knapp 400 Stimmen mehr als sein CDU-Kontrahent. Das war der Höhepunkt einer „Rückkehr“ in die Politik, die seine Kollegen in der Metallbau-firma entschieden haben. Sie wählten den Ingenieur Mitte der 90er Jahre zum Betriebsrat

betrieb „Fritz Heckert“ verantwortlich - für 14 Monate. Danach schwand die Mitgliederzahl binnen Wochen dramatisch. Zais zog sich aus der ersten Reihe zurück. Erst die Wahl zum Betriebsrat war neue Legitimation. Danach, sagt er, „konnte ich wieder in die Politik“. Als deren

wiesen sind. Dass solche sozialen Problemlagen nicht zur „Entmischung“ führen, ist wichtiges Anliegen von Zais, der sagt: „Die Stadt muss weiter sozial entwickelt werden.“



Links: Das Wohngebiet „Fritz Heckert“. Rechts: Die Galerie Roter Turm, im Volksmund: Die Moschee.

Fotos: E.R.

– obwohl er einst bei „Heckert“ Parteisekretär war. Dazu sei er gekommen, weil er als Konstrukteur nicht die nötige Ruhe, dafür aber gelegentlich „die große Klappe“ gehabt habe und zudem unbedingt in Moskau studieren wollte. Bevor ihn die Partei während der Perestrojka an die Akademie schickte, musste der junge Funktionär indes noch einen Dämpfer einstecken. Es gab ein Parteiverfahren, weil er alternativ abgestimmt habe, erinnert er sich: „So etwas war in der SED nicht erwünscht.“

„Platte“ als Herausforderung

Trotzdem war Zais ab 1988 mit 37 Jahren als SED-Sekretär für 2800 Genossen im Vorzeige-

Vertreter ist er jetzt in seinem Wahlkreis unterwegs, der auch das Heckertgebiet umfasst, einst eines der größten Plattenbaugebiete der DDR, heute eine der gewaltigsten Herausforderungen für den Stadtumbau in Chemnitz. Vor allem die Großsiedlungen verzeichnen einen teils dramatischen Bevölkerungsrückgang. Das „Hutholz“, ein Baugebiet im „Heckert“, hat binnen zehn Jahren zwei Drittel seiner Bewohner verloren. Jetzt geht es erstmals wieder bergauf: Für 2005 verzeichnet die Statistik 69 Einwohner mehr: Das liegt freilich nicht nur an schön sanierten Häusern mit Blick auf das Erzgebirge, weiß Zais: Gut belegt sind auch viele unsanierte Häuser. Dafür sorgen niedrige Mieten, auf die Langzeitarbeitslose und Rentner ange-

Kampflos aufgeben gibt's nicht

Eine gewisse Hartnäckigkeit bei derlei Vorhaben darf ihm unterstellt werden. Seine wichtigste Lehre für die Politik hat Zais als Jugendlicher beim 3000-Meter-Lauf gezogen. Überraschend gewann er damals ein Rennen im Kreis und wurde zur Spartakiade geschickt. Mit einer Zeit von 10:20 Minuten war er allerdings im Bezirk um Welten von den Besten entfernt, weshalb er, eine halbe Runde zurückliegend, aus dem Rennen ausstieg. Danach redeten seine Sportkameraden und sein Großvater über Tage hinweg kein Wort mit ihm. „Man darf verlieren“, hat Zais damals gelernt, „aber kampflos aufgeben – das darf man nicht.“

Die Stadt Chemnitz

Chemnitz (Slawisch für „steiniger Fluss“) wurde 1165 erstmals erwähnt. Die Stadt ist damit älter als die Landeshauptstadt, in deren Schatten sie sich oft fühlt.

Beleg ist das Bonmot, wonach in Chemnitz das produziert wird, womit die Leipziger das Geld verdienen, welches in Dresden verprasst wird...

Das „sächsische Manchester“ oder auch „Ruß-Chemnitz“ gehörte seit Etablierung des maschinellen Spinnens um 1800 zu den Vorreitern der industriellen Revolution in Deutschland. Bekannt sind die Dampflokomotivenfabrik Hartmann oder die Wanderer-Werke. Das sächsische Industriemuseum hat seinen Hauptsitz heute in der Stadt.

Chemnitz ist aber nicht nur Industriestadt. Die Kunstsammlung genießt großes Renommee, ebenso die von Henry van de Velde erbaute, jüngst sanierte Villa Esche. Der versteinerte Wald, der im Kulturkaufhaus DASTietz zu sehen ist, soll Unesco-Erbe werden.

Die Stadt, die ab 1953 für 37 Jahre Karl-Marx-



Foto: TRIALON

Stadt hieß, zählt heute 246 500 Einwohner. Mit einem Altersdurchschnitt von 46 Jahren ist sie

älteste Großstadt Deutschlands.

E.R.

Die Linke am Pranger – die Nazis mit im Boot

Die Geschichte eines politischen Prozesses: Abgeordnetenanklage gegen Peter Porsch

CDU/SPD/FDP/GRÜNE/NPD wollen dem Vorsitzenden der Linksfraktion PDS, Peter Porsch, sein Landtagsmandat wegnehmen lassen und haben zu diesem Zweck gemeinsam eine Abgeordnetenanklage vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof beschlossen. Jetzt liegt die Entscheidung in den Händen der höchsten Richter des

Dass sich der Rechtsstaat nicht auf Informationen stützen darf, die nicht rechtsstaatlich gewonnen wurden, gilt als Allgemeinplatz. Man denke an die im Zusammenhang mit geheimen CIA-Flügen aufgetauchte Frage, ob unter Folter abgelegte Geständnisse auf dem Territorium von Nicht-Rechtsstaaten bei der hiesigen Terrorismusbekämpfung genutzt werden dür-

Die Abgeordnetenanklage, die eine Zweidrittel-Mehrheit aus CDU-, SPD-, FDP-, Grünen- und NPD-Abgeordneten eindreiviertel Jahre später vom Landtagspräsidenten dem Sächsischen Verfassungsgericht mit dem Ziel einer Aberkennung des Mandats des Kollegen Porsch übergeben lässt, stützt sich im Kern auf den Vorwurf, den der „Focus“ seinerzeit termingerecht



Der Abend des Wahltags 2004: Die im Wahlkampf ausgepackte Stasi-Keule hatte nicht geholfen. Unter Spitzenkandidat Peter Porsch erreichte die PDS mit 23,6 % ihr bisher bestes Ergebnis. (Foto: MEDIAbox)

Freistaates. Was seit August 2004 geschah, lädt jedoch weiterhin zum Nachdenken über die politische Kultur in Sachsen ein.

Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) hatte mal wieder zum Hintergrundgespräch mit Journalisten der Landespressekonferenz geladen; die bevorstehenden Monate bis zur Landtagswahl 2004 versprochen spannend zu werden, und so ließ sich gemütlich über dies und jenes plaudern, darunter auch die aufgeflammete öffentliche Diskussion über die Nutzung der so genannten Rosenholz-Akten. Er wunderte sich, wieso sich Porsch bei dem Thema so engagiere, soll Milbradt in jener trauten Runde scheinbar beiläufig fallen gelassen haben, und Anwesende verstanden das wohl als dezent geäußerten Verdacht, der Betreffende könnte selbst betroffen sein. Dabei hatte der Genannte nur geäußert, was jedem ordentlichen Historiker dazu eingefallen wäre: Dass diese durch die Hände mehrerer Geheimdienste gegangenen Fragmente von Geheimdienst-Hinterlassenschaften untauglich seien als Ausgangspunkt erneuter Überprüfung von Lehrern und anderen Staatsdienern.

fen. Nein, nein, hieß es aus den Regierungsstuben, natürlich nicht! Allerdings ignorieren können man solche Unterlagen im Interesse der Sicherheit auch nicht...

Eine Anklage ohne Opfer und Täter

Was dann zu Beginn der heißen Wahlkampfphase pünktlich vom Magazin „Focus“ über Peter Porsch veröffentlicht wurde, hatte nichts mit Rosenholz, aber um so mehr mit gewöhnlichen Stasi-Akten zu tun. Allerdings nicht mit seinen, denn weder IM-Akte noch Verpflichtungserklärung noch handschriftliche Berichte noch von ihm unterzeichnete Gesprächsprotokolle präsentierte „Focus“ und all die Nachfolge-Rechercheure bis heute, sondern eine OPK-Akte, also eine „Operative Personenkontrolle“, wie im Sprachgebrauch des MfS die „Opfer-Akte“ hieß. Letzteres wiederum ist eine Vokabel aus der offiziellen und offiziellen Aufarbeitung des Wirkens der Stasi nach der politischen Wende in der DDR.

lancierte, nachdem das Material bereits monatelang bereit lag, wie man inzwischen weiß. Genutzt wurde und wird die Akte, obwohl die Person, die sich der Leipziger „Focus“-Korrespondent und die Ankläger des Landtags als „Opfer“ ausgesucht haben, diese Nutzung untersagt und sich eine solche Bewertung verbeten hat. Und obwohl die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Marianne Birthler, vor dem Geschäftsordnungs- und Immunitätsausschuss des sächsischen Parlaments einräumen musste, die Akte ließe sich auch so lesen, dass Porsch seine Frau schützen wollte.

Diese Feststellung, die nicht ins vorgefasste Bild passt, fehlt in der Beschlussempfehlung des Ausschusses, stattdessen wird die 2006 (!) von Porsch gehaltene Aschermittwochrede als „Beweis“ dafür ins Feld geführt, dass es ihm bis heute an der notwendigen Einsicht zu den mehr als zwanzig Jahre zurückliegenden Vorgängen fehle. Wobei es sich dabei, daran sei erneut erinnert, um eine einzige Lesung in einer Privatwohnung handelt, die durch die Anwesenheit von „Westjournalisten“ ins Visier der

Aufmerksamkeit staatlicher Organe der DDR geriet. Weder die Bemerkung von Frau Birtler noch die Dürftigkeit des Materials hinderten den Parlamentarischen Geschäftsführer der Grünen, Karl-Heinz Gerstenberg, daran, wiederholt wortreich öffentlich zu behaupten, dass die Stasi-Vorwürfe gegen Porsch erwiesen seien. Als ihm neulich das Landgericht Hamburg mit einstweiliger Verfügung solche Behauptungen verbot, teilte Gerstenberg trotzig mit, das mache Porsch auch nicht glaubwürdiger.

Wenig Wissen, viel Glaube

Damit allerdings begibt sich der selbsternannte Ankläger im Namen der Bürgerrechte erneut auf den Holzweg, es geht nämlich nicht um Glauben, sondern Wissen. Gerstenberg gab vor, etwas zu wissen, und unabhängige Richter urteilten, dass er das gar nicht wissen kann. Was Herr Gerstenberg glaubt, ist seine Sache. Peter Porsch hat immer wieder bekräftigt, er habe zu besagter Lesung einer Person auf deren Verlangen hin Auskünfte erteilt, die sich ihm gegenüber als Kripo-Mann ausgegeben habe. Laut Aktenlage handelt es sich um einen Stasi-Offizier, der vor Gericht bezeugte, sich Porsch tatsächlich unter dieser Legende genähert zu haben. Allerdings sei die Frage erlaubt, wem Gerstenberg glaubt, wenn nicht Porsch. Vielleicht dem, was alles in der Zeitung stand?

In jenen Wochen vor der Landtagswahl 2004 tischten uns Medien u.a. folgende Verdachts-Geschichten zum ausgerufenen Wahlkampfschlagler Porsch/Stasi auf: Agent in Polen, in Jugoslawien und vorbereitet auf späteren Einsatz in Algerien. Vielleicht sei er gar nur deshalb Professor geworden, weil er was mit der Stasi gehabt habe. Nichts von dem findet sich in der Abgeordnetenanklage; nicht die Abschöpfungstheorie von Peter Porsch hat sich in Luft aufgelöst, wie Herr Gerstenberg zu wissen glaubte, sondern alles, was um die kleine „Focus“-Story herum anschließend in die Welt gesetzt wurde. Nun beließ man es im Wahlkampf nicht bei den „Enthüllungen“, zu denen Milbradt damals vornehm schweigend nichts sagen mochte, während es aus der CDU – in Panik angesichts rapider sinkender Umfragewerte und des drohenden Verlusts der absoluten Mehrheit – mit Blick auf den Ministerpräsidenten-Kandidaten der stärksten Konkurrenz hieß, die CDU habe einen Spitzen- und die PDS einen „Spitzelkandidaten“. Es wurde ebenfalls von Anfang an die juristische Keule geschwungen: Am Tag des offiziellen Auftakts der heißen Wahlkampfphase der PDS mit ihrem Spitzenkandidaten Porsch teilte CDU-Wissenschaftsminister Rößler mit, Porsch werde als Uni-Professor fristlos gekündigt.

Doppeltes Berufsverbot als Kampagnen-Ziel

Zugleich kursierten natürlich bereits Hinweise auf eine mögliche Abgeordnetenanklage. Also im Klartext: Doppeltes Berufsverbot für den Wissenschaftler und Politiker Porsch. Das Arbeitsgerichtsverfahren endete zwischenzeitlich mit einer Aufhebung der fristlosen Kündigung und einer ordentlichen einvernehmlichen Beendigung des Arbeitsverhältnisses mit der Verpflichtung des Ministeriums, die Stasivorwürfe

nicht mehr zu wiederholen. Entgegen der nassforschenden Behauptung des nach der Landtagswahl aus dem Ministeramt gedrängten Rößler sah das Ministerium offenbar keine Chance, die politisch motivierten Vorwürfe rechtsstaatlich zu beweisen. Andererseits war auch klar, dass die Regierung aus Gründen der Gesichtswahrung bei Scheitern eines Vergleichs durch alle Instanzen marschieren würde und Porsch ohnehin erst jenseits der Pensionsgrenze zu seinem vollen Recht käme.

Unterdessen hatte die in zahlreichen Gerichtsverfahren angegriffene mediale Verdachtsberichterstattung in keinem einzigen Fall Bestand. Kein Anwalt der Verlage konnte das Gericht davon überzeugen, dass sich das über Porsch Geschriebene vollständig mit beweisbaren Fakten deckt. Das hindert die Landtagsmehrheit nun nicht daran, mit einem Ausschnitt aus den unbewiesenen Vorwürfen vors Verfassungsgericht

Die Stasiakte als Allzweckwaffe

Jede Deutung funktioniert nach einem bestimmten Muster. Ohne theologische Assistenz beispielsweise könnte man auf die Idee kommen, die Heiligen Schriften der Bibel, insbesondere das Alte Testament, für eine jugendgefährdende Schrift zu halten, die gottgewollten Völkermord, heilsgeschichtlich notwendige Folterungen und die Verherrlichung einer sagenhaften Fülle schwerster Menschenrechtsverletzungen beinhaltet. Während sich das Abendland immerhin schon fast zweitausend Jahre in der oftmals streitbaren Auslegung der Bibel übt, haben die geöffneten Stasiakten erst anderthalb Jahrzehnte auf dem Buckel, in dem das amtliche Stasibeauftragtenwesen einen doppelten Spagat vollführen muss: Erstens die Akten als Ausdruck eines „Unrechtsstaates“ pädagogisch zu nutzen und zugleich als Grundlage für Sanktionen des Rechtsstaates zu verwenden. Zweitens



Foto: kps

zu ziehen. Herr Gerstenberg musste bereits die schmerzhafteste Erfahrung machen, dass die Wiederholung von Unterstellungen auch dann keine Wahrheit gebiert, wenn sich eine größere Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens dieser Vorwurfs-Kampagne anschließt.

„Warum hat er uns das nicht selbst erzählt?“ fragte eine Journalistin halblaut und ganz vorwurfsvoll Richtung Porsch, als sie von der Pressetribüne aus dem Munde des Parlamentarischen Geschäftsführers der Linksfraktion PDS, André Hahn, jenes Birtler-Zitat vernahm. Ganz ähnlich fragten verschiedene Abgeordnete anderer Fraktionen: Warum hast du nicht einfach gesagt, ich habe als Sozialist, der auch aus politischer Überzeugung in die DDR gegangen ist, kein Problem gehabt, mit „denen“ zu reden? Beide Fragen entspringen der Logik, dass ein Geständnis oder zumindest eine Rechtfertigung der Ausweg sei, wenn diejenigen das für unumgänglich halten, die eine Deutungshoheit über die Stasiakten für sich in Anspruch nehmen.

die in den Akten Erwähnten fein säuberlich in „Täter“ und „Opfer“ zu scheiden, so dass die ersteren als Stützen des Unrechts und die letzteren als Träger neuen Rechts fungieren können, obwohl die Sicherheits-Manie der Stasi ständig Verwicklungen produziert hat, die solcher Kategorisierung zuwiderlaufen: den oppositionellen Künstler, der zugleich als IM geführt wurde, und den IM, der wieder von anderen IM kontrolliert wurde.

Diese Verwicklungen lassen sich nur „mit menschlichem Maß messen“, wie der Landtag Brandenburg einst einstimmig zu Manfred Stolpe votierte, dem daher eine Aktenfülle nicht zum politischen Verhängnis wurde, mit der verglichen die paar Blätter zu einem Nichts schrumpfen, die Porsch parlamentarische Ankläger in Händen halten. Doch sie haben mit einem anderen Maß gemessen. Wer dieses Maß ergründen will, kommt nicht an dem abgründigen Ankläger-Bündnis vorbei, auf das sich das Verfahren vor dem Verfassungsgericht jetzt stützt.

Wenn sie nach ihrem Gewissen entscheide, schaue sie weder nach links noch nach rechts, verriet eine CDU-Abgeordnete der Öffentlichkeit und tat so die Frage nach dem Zusammenwirken mit NPD-Stimmen ab. Ohne die Stimmen der NPD hätte die Abstimmung im Bewertungsausschuss, die den Weg zum parlamentarischen Anklageverfahren frei machte, nicht die notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit gefunden. Ganz so einfach, wie es sich Uta Windisch mit ihrer vorgeblichen Weigerung, nach rechts und links zu schauen, gemacht hat, sah es der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Heinz Lehmann, nicht, schließlich hob er nach der Schlussabstimmung im Plenum mündlich wie schriftlich hervor, man habe die NPD-Stimmen nicht gebraucht. Fakt bleibt jedoch: Zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten bedeutete an diesem Abend 76 Ja-Stimmen, und die konnten nur erreicht werden durch mindestens zwei erhobene Hände aus den Reihen der NPD-Fraktion.

Deshalb hatte SPD-Fraktionschef Cornelius

abgestempelt werden, der als anerkannter Oppositionspolitiker anderthalb Jahrzehnte lang seinen allseits respektierten Beitrag zur Demokratie in Sachsen geleistet hat? Woher nimmt die politische Konkurrenz das Recht, ihn aus dem Parlament werfen lassen zu wollen, nachdem er trotz der Stasi-Vorwürfe als Spitzenkandidat mit 23,6 Prozent das beste sächsische PDS-Ergebnis aller Zeiten verbuchen konnte und anschließend einstimmig von der Fraktion in seinem Vorsitzendenamt bestätigt wurde? Was verleiht überhaupt unbewiesenen, mehr als zwanzig Jahre zurückliegenden Vorgängen eine Bedeutung, die nicht einmal schwere Straftaten hätten, die mittlerweile längst verjährt wären?

Es war sicher ein historischer Zufall, dass sich genau an jenem 11. Mai Uwe Leichenring, Parlamentarischer Geschäftsführer der NPD, auf einen Zwischenruf von Peter Porsch (!) zu der Bemerkung hinreißen ließ, er wünsche sie sich manchmal zurück, wenn er manche sehe, und was er sich zurückwünschte, waren die

müssen. Itgen verlaublich ungerührt: Trotz möglicher Fehler habe das Ergebnis Bestand und die Klage werde eingereicht.

Nolles Anklage gegen Blamage des Landtags

Karl Nolle kommentierte ebenso bitter wie treffend: „Für mich ist die blamable Vorstellung, die das Parlament mit drei gescheiterten Abstimmungen zu einem sehr ernstem Thema abgegeben hat, keine Spaßveranstaltung, bei der es egal ist, ob die Abgeordneten streng nach Geschäftsordnung abstimmen oder sich in einem beliebigen, vom Präsidenten ad hoc erfundenen Verfahren hüpfend oder singend aus dem Saal bewegen, Hauptsache die Mehrheit steht.“ Die Linksfraktion beantragte daher eine Sondersitzung des Landtags-Präsidiums. Diese fand zwar notgedrungen statt, aber die Mehrheit lehnte eine Abstimmung über die Beschwerden und die Frage ab, ob die Abgeordnetenanklage überhaupt gültig beschlossen wurde.

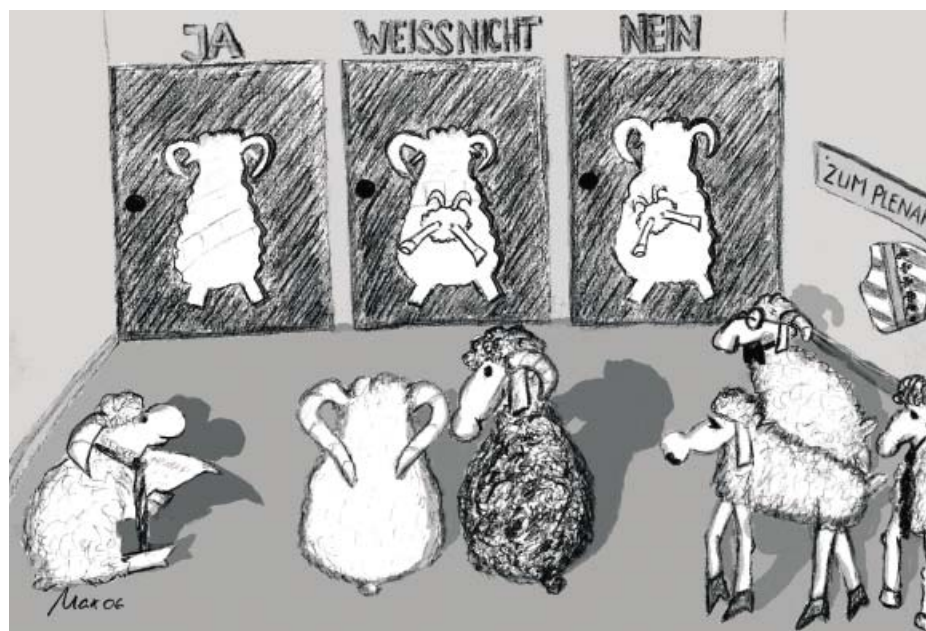
Kein Witz ist der Vorwurf aus den Reihen der Ankläger, der Angeklagte habe sich nicht politisch, sondern rechtlich zur Wehr gesetzt. Genau diese Form der Gegenwehr ist aber hochpolitisch, wenn von Anfang an rechtliche Instrumente mit dem Ziel eingesetzt worden sind, einen linken Spitzenpolitiker mit doppeltem Berufsverbot aus dem gesellschaftlichen Verkehr zu ziehen.

Die „Sächsische Zeitung“ verweigerte unmittelbar vor der Wahl die Dokumentation eines Leserforums mit dem PDS-Spitzenkandidaten, weil sich dieser gegen aus seiner Sicht unwahre Berichterstattung der Zeitung über die Stasi-Vorwürfe vor Gericht zur Wehr setzte. Ist das Ausdruck von Pressefreiheit oder Missbrauch medialer Macht, um das eigene Beleidigtsein zu kultivieren? Über die Foren mit den Vertretern der anderen Parteien wurde natürlich ausführlich berichtet. Medien nehmen es Prominenten stets übel, wenn sie bei Geschichten nicht mitspielen, die von den Medien für die ganz wichtigen gehalten werden. Das galt für bestimmte Aspekte des Privatlebens von Prinzessin Caroline ebenso wie für jene Lesung in der Privatwohnung der späteren Frau von Peter Porsch.

Eine Journalistin, deren weiteren beruflichen Werdegang ich durch Namensnennung nicht gefährden werde, sagte mir nach eingehender Beschäftigung mit dem letzteren Thema schon im Spätsommer 2004: „Ich frage mich, worum es bei der ganzen öffentlichen Aufregung überhaupt geht. Entweder hat die Frau von Peter Porsch ein Problem mit ihm, dann kann sie mit ihm darüber reden, und es geht sonst niemanden etwas an. Wenn aber nicht mal seine Frau ein Problem mit ihm hat, dann hat die Öffentlichkeit erst recht keines.“

Dem lässt sich auch nach 21 Monaten nichts hinzufügen. Außer dass die Öffentlichkeit ein Problem hat, wenn ihre Aufmerksamkeit mit Themen in Beschlag genommen wird, die nichts zur Lösung ihrer tatsächlichen Probleme beitragen.

Marcel Braumann



Weiss Enthaltung geübt, denn er könne nicht gemeinsame Sache mit den geistigen Nachfahren der KZ-Schergen machen, wie der Sozialdemokrat zu Protokoll gab. Ex-Wirtschaftsminister Martin Gillo (CDU) kritisierte gar die „Asymmetrie“ des ganzen Verfahrens: Anders als vor den südafrikanischen „Wahrheitskommissionen“ bewahre hier nicht mal ein Geständnis vor Sanktionen. Ein FDP-Abgeordneter wiederum schaffte das Kunststück, das Verfahren für mutmaßlich verfassungswidrig zu halten und zugleich sein „Ja“ damit zu verteidigen, dass ja nicht der Landtag, sondern das Gericht das letzte Wort habe.

Irrsinn: Leichenring würdiger als Porsch?!

Der bundesweit einzigartige Paragraph 118 der Sächsischen Verfassung, der eine Aberkennung des Mandats zulässt, wenn ein Abgeordneter mit dem MfS zusammengearbeitet hat und daher als untragbar gilt, ist aus mindestens dreierlei Gründen höchst umstritten. Wie kann ein Abgeordneter wie Peter Porsch als untragbar

Deportationszüge in die Konzentrationslager der Nazi-Zeit. Dafür wurde Leichenring vom Landtagspräsidenten mit Ausschluss von drei Sitzungstagen belegt, danach darf er weiter hetzen. Wer wollte ernsthaft behaupten, dass Leichenring ein würdigerer Abgeordneter ist als Porsch – doch nichts anderes haben 83 Abgeordnete inklusive acht NPD-ler am Abend faktisch beschlossen (nur ohne den vorübergehend verhinderten Leichenring).

Dem Ganzen setzte das Abstimmungschaos um die Abgeordnetenanklage die Krone auf. Das Ergebnis des ersten Händehebens wurde angezweifelt, beim zweiten Mal stimmte das verkündete Resultat nicht mit der Zahl der Anwesenden überein. Schließlich riefen Vizepräsident Hatzsch und Präsident Itgen zum „Hammelsprung“, der völlig in die Hose ging. Nach den sieben (!) Mängel-Rügen des SPD-Abgeordneten Karl Nolle erzählte der Sprecher des Präsidenten etwas von einem „alternativen“ Abstimmungsverfahren, das es allerdings laut Geschäftsordnung gar nicht gibt und über das die Abgeordneten zuvor hätten entscheiden



Klaus H. Jann, aus Wülfrath im Rheinland schrieb:

„... Ich bekomme viele linke Zeitungen, Zeitschriften und Kleinzeitungen. ... Die meisten landen nach der ersten Lektüre im Papierkorb. Wenige werden zweimal gelesen und ausgewertet. Merkwürdig: Die PVL bleibt stets auch nach dem zweiten Lesen auf meinem Schreibtisch liegen. Sie hebt sich wirklich von den meisten Publikationen ab, ist locker, nicht so politisch-bierernst und vermittelt trotzdem eine Menge verwertbarer Informationen. Besonders angetan bin ich immer wieder vom wunderbaren und

Spaß machenden Einsatz der Bilder und Illustrationen. Also kurz und knapp: Auf die PVL möchte ich nicht verzichten.“

Danke für die Blumen! (d. Red.)

Reinhard Bley aus Radebeul schrieb:

„Am 1. Mai bin ich in Coswig das erste Mal auf Eure Zeitschrift gestoßen. Sie hat mir durch ihre Aufmachung und durch den Inhalt ihrer Berichte sehr gut gefallen. Wie kann ich Eure Zeitung regelmäßig bekommen?“

Lieber Herr Bley, unsere Fraktionszeitschrift pvl erhalten sie kostenlos in allen sächsischen Wahlkreisbüros der MdL der Linksfraction.PDS (Übersicht unter www.linke.pdsfraktion-sachsen.de). Befindet sich kein Abgeordnetenbüro in Ihrer Wohnortnähe, senden wir Ihnen die pvl auch per Post zu. Dazu brauchen wir Ihre Adresse - am besten per Email an barbara.wegner@slt.sachsen.de.

Ihr pvl-Team

Nebenbei bemerkt: Ein augenzwinkernd-unverkrampftes Arrangement wie mit dem „Nischel“ im 70 Kilometer entfernten Chemnitz, das Karl-Marx-Stadt war, scheint in Leipzig zu mindest derzeit noch undenkbar.

Für den Umgang mit dem Relief über dem Eingang zur alma mater lipsiensis gibt es eine Konstante und eine Variable. Die Konstante besagt, es muss weg und soll an entferntem Ort, auf Unigelände, unzugänglich und sicher verwahrt eingelagert werden. Die Variable ist der künftige Standort.

Und darauf bezieht sich der Antrag der Linksfraction.PDS im Sächsischen Landtag, der seine politische Wirkung nicht verfehlt hat. Im Kern geht es darum, das Marx-Relief, wenn es erst einmal abgebaut ist, vor dem Vergessen, dem möglichen Verschwinden oder gar dem Vernichten zu bewahren, sobald in der Hektik des Alltags nur wenige daran denken. Die von Rektor Häuser eingesetzte Kunstkommission plädiert für einen Standort des - genau genommen - „Aufbruch“ genannten Reliefs hinter dem Studentenclub Moritzbastei, mit dem

Hermann Gerathewohl aus Leipzig schrieb:

„... Steht der Betrachter vor dem Karl-Marx-Monument am Leipziger Augustusplatz, könnte ihm schon der Satz der II. These aus Karl-Marx, „Thesen über Feuerbach“ in den Sinn kommen: „Die Philosophen haben die Welt verschieden interpretiert, es kommt darauf an, sie zu verändern.“ ... Mit dem Campus-Neubau der Universität... stellt sich die zur Zeit rege diskutierte Frage nach der Zukunft des Monuments, auf dem der Verfasser des „Kapital“ zu sehen ist.“

Kopflastig - Leipzigs Probleme mit dem „Nischel“

Karl Marx wiegt schwer. In Leipzig ganz besonders. 33 Tonnen Bronze formen über dem Eingang in das Hauptgebäude der Universität ein Relief, das viele dynamische Menschen - bereit zu grundstürzender Weltveränderung - zeigt, aber darunter nur einen mit weltbekannten Zügen. Karl Marx eben. Und damit beginnt in Leipzig ein Problem.

Wo „die Wende“ begann, gibt es eine solide Schar von kleinen und großen Eiferern, denen kein Götzendienst an die Resultate dieser Wende zu abgeschmackt vorkommt, die aber gern vergessen machen möchten, woher man sich eigentlich in das wirtschaftliche und sozi-



Foto: Norman Rembarz

ale Jetzt „gewendet“ hat. Gefordert wird ein epochaler Reinraum, und da passt kein Marx-Relief hinein. Wie gut für diese selbstvergessenen Bilderstürmer, dass sich die Leipziger Uni - die fast vierzig Jahre lang Marx' Namen trug - gerade anschiebt, ihren heutigen Zeitgeist vor dem 600jährigen Uni-Jubiläum im Jahre 2009 in neuem Beton zu modellieren. Dafür muss das von Rolf Kuhrt, Frank Ruddigkeit und Klaus Schwabe Mitte der 1970er Jahre geschaffene Relief möglichst weit weg.

Es ist schon erstaunlich genug, dass Marx in Bronze den 89er Umbruch 17 Jahre überdauern durfte. Der Realsozialismus war labiler als das Relief, auch wenn es im blühenden Alter von 31 Jahren inzwischen Korrosionsschäden aufweist. Schon einmal - in der Nacht zum 3. Oktober 1990 - sollte sich ein Kranarm nach dem bei bestimmten Zeitgenossen ungeliebten Kunstwerk recken. Erst die Konsultation mit seriösen Statikern ließ die Entsorger von Geschichte Abstand nehmen von ihrem banausenhaften Umgang mit der Kunst einer bestimmten, ohne Zweifel problematischen Epoche.

Rücken zum neuen Campus, in einer schmucken Grünanlage. Doch dieses Stück Park gehört der Stadt Leipzig, weshalb ein neuer trefflicher Streit angesagt ist. Eine diffus-transparente Angelegenheit. Schließlich wusste niemand besser als Karl Marx, welche teils revolutionären Auseinandersetzungen um das Eigentum an Grund an Boden entbrennen können.

Es gilt, wachsam zu sein, um eine gütliche Beilegung des aktuellen Konflikts zu erreichen, dem in Richtung Aufstellort Moritzbastei übrigens die drei Schöpfer des Reliefs längst zugestimmt haben. In all der gespielten Entrüstung der „Revolutionäre“ von 1989 hat übrigens die ästhetische Qualität des Reliefs bislang eher eine Nebenrolle gespielt. Es geht ganz offenkundig um den absurden Versuch, sich durch das Wegsperrern der Werke einer ungeliebten Epoche vermeintlich reinzuwaschen.

MdL Dr. Volker Külow, kulturpolitischer Sprecher der Linksfraction.PDS und Leipziger Abgeordneter.

Sachsen und die Elbe: Eine Liebe mit bitterem Beigeschmack

Seit Jahr und Tag plätschert die Elbe malerisch und nahezu direkt vor der Haustür von Dr. André Hahn vor sich hin. Spätestens seit dem Katastrophensommer von 2002 weiß der Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag ebenso wie alle anderen Elbanrainer, dass dem beschaulichen Strom nicht rückhaltlos zu trauen ist. Und als das Wasser in diesem Frühjahr wieder bedrohlich an Fahrt gewann, als die Pegel stetig stiegen und sich die Angst vor einer neuen Jahrhundertflut breit machte, war der Politiker in seinem Kreis unterwegs, hat sich in Bad Schandau, Wehlen, Pirna, Heidenau, Königstein und Krippen ebenso umgesehen wie im Evakuierungslager in Sebnitz, hat mit Betroffenen gesprochen und mit dafür gesorgt, dass ihnen Hilfe zuteil wird.

Heute fließt die Elbe wieder malerisch und harmlos anmutend durch die Landeshauptstadt. Touristen zücken Kameras, die Weiße Flotte sorgt fürs richtige Motiv. Für die Menschen links und rechts der Elbe aber heißt es: Aufräumen, Austrocknen - und Aufmucken für eine bessere Vorsorge und für belastbareren Schutz vor dem Strom, dem sie in Hassliebe verbunden sind.



Foto: Armin Krause

... nach der Flut. Ein Interview

Die Elbe ist wieder über ihre Ufer getreten, hat wieder Häuser unter Wasser gesetzt und wieder Flutschneisen geschlagen. Hat Sachsen das Frühjahrshochwasser 2006 unterschätzt?

Dr. André Hahn: Eindeutig: Ja. Doch bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich anmerken, dass wir allen Grund haben, dafür dankbar zu sein, dass das extreme Hochwasser diesmal in Sachsen keine Menschenleben gefordert hat, und es steht auch außer Zweifel, dass die Information der Bürgerinnen und Bürger sowie die erforderlichen Evakuierungs- und Schutzmaßnahmen in aller Regel weitaus geordneter und koordinierter abgelaufen sind, als das im Sommer 2002 der Fall war. In diesem Zusammenhang möchte ich unbedingt allen Mitarbeitern der Katastrophenstäbe sowie den unzähligen haupt- und vor allem ehrenamtlichen Einsatzkräften von Polizei, Feuerwehr, THW, Bundeswehr und Rettungsdiensten für ihre engagierte Arbeit danken. Dank gebührt meiner Ansicht nach auch unseren tschechischen Nachbarn, die durch besonnene Entscheidungen für Entlastung gesorgt und uns hier in Sachsen vermutlich vor noch größeren Schäden bewahrt haben.

Bei meinen Besuchen vor Ort habe ich aber auch erfahren, wie Georg Milbradts anfängliche Ignoranz gegenüber der tatsächlichen Hochwasserlage bei den Betroffenen ankam. Mit großer Wut wurde dort registriert, dass der Ministerpräsident wieder und wieder erklärte, es handle sich nicht um eine Katastrophe, sondern lediglich um ein etwas stärker ausgefallenes Frühjahrshochwasser. Man fragt sich, warum Landräte und Bürgermeister entlang der Elbe reihenweise Katastrophenalarm ausgelöst hatten, wenn es nach Meinung des Landesoberhauptes gar keine Katastrophe gab. Ich denke, Herr Milbradt hätte besser daran getan, zu Betroffenen, zum Beispiel in Rathen oder Bad Schandau zu gehen und ihnen

dort ins Gesicht zu sagen, dass das, was sie durchmachen, doch nur die Folge eines „verstärkten Frühjahrshochwassers“ ist ...

Fakt ist: Vielerorts standen wieder fast sämtliche Häuser unter Wasser, die es schon im Sommer 2002 getroffen hatte. Der einzige Unterschied bestand meist darin, dass das Wasser diesmal nicht im zweiten, sondern „nur“ im ersten Stock stand. Die Schäden sind dennoch immens - und deshalb war es richtig, dass der Ministerpräsident meiner Aufforderung, sich für seine Entgleisung öffentlich zu entschuldigen, im Landtag letztendlich nachgekommen ist.

Sachsens Regierung weist gern auf die hohen Investitionen hin, die seit 2002 in Frühwarnsysteme, Deichbau und andere Schutzmaßnahmen geflossen sind, und es wundert einen schon, dass die Elbe dennoch erneut so „zuschlagen“ konnte. Was ist da schief gelaufen?

Dr. André Hahn: Wenn man die Zeit seit dem Jahrhunderthochwasser vom August 2002 Revue passieren lässt, dann hat es zwar einige Maßnahmen zum Hochwasserschutz gegeben, und die neuen Rückhaltebecken haben zweifellos zur Entlastung beigetragen, aber insgesamt ist festzustellen, dass die Staatsregierung ihre Hausaufgaben seit 2002 nicht oder nur unzureichend gemacht hat. Seit 2002 wurden hierzulande Deiche auf einer Länge von 50 km gesichert bzw. neu gebaut, in Sachsen-Anhalt waren es nach Medienberichten über 400 km. Diese Differenz ist eklatant und bedarf der Klärung.

Ich erinnere mich noch gut an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 11. September 2003 zur Bilanz ein Jahr nach der Flutkatastro-

phe. Was ist dort und auch unmittelbar nach der Flut von 2002 nicht alles versprochen worden! Umgesetzt wurde jedoch nur ein geringer Bruchteil. Was ist aus den Vorschlägen der Kirchbach-Kommission geworden? Wo ist die Rechenschaft über Soll und Haben, über Versprochen und Gehalten?

Zum jüngsten Elbe-Hochwasser ist darüber hinaus festzustellen, dass seit Monaten bekannt war, dass sich auf der tschechischen Seite, aber auch in unseren Mittelgebirgen über den langen Winter hinweg große Schneemengen angesammelt hatten, die bei Tauwetter zwangsläufig zu einem gefährlichen Hochwasser führen würden. Trotzdem war nahezu nichts geschehen. Erst als die ersten Häuser bereits abgesoffen waren, wurden die Deiche verstärkt oder Sandsäcke bereitgestellt.

Warum wurden an bekannten neuralgischen Punkten, wie der Staatsstraße 88 in Gohlis, keine vorbeugenden Maßnahmen ergriffen? Warum sind Vermessungsunterlagen, die sich 2002 als fehlerhaft erwiesen hatten, bis heute nicht korrigiert worden? Warum sind die historischen Hochwassermarken vielerorts nicht ordentlich eingemessen und kartiert? Warum wurden und werden Straßen- und Brückenbaumaßnahmen in Elbauen trotz berechtigter Einwände bis heute durch die Regierungspräsidien genehmigt?

Nun weiß auch ich, dass nicht alle erforderlichen Maßnahmen in wenigen Jahren zu realisieren sind, aber die Zögerlichkeit der Staatsregierung war unverantwortlich. Erst am 30. November 2005, also sage und schreibe drei Jahre und drei Monate nach dem Jahrhunderthochwasser, legte das Umweltministerium endlich eine Prioritätenliste für Hochwasserschutzmaßnahmen in Sachsen vor: Gohlis bei Riesa ist darin ebenso mit höchster Priorität aufgeführt wie Dresden-Gohlis oder Pirna. Geschehen ist gar nichts.

Wer mehr als drei Jahre braucht, um eine Liste zu erstellen, muss sich nicht wundern, wenn ihn das Hochwasser bei veränderten Klimabedingungen schneller als erwartet erneut überrascht. Eine Journalistin hat dazu mal zutreffend kommentiert: „Katastrophen beginnen nicht erst mit den Pegelständen von 2002.“ - und ich finde, sie hat Recht.

Das Wasser ist abgelaufen, die Schäden sind fast vollständig erfasst. Was passiert nun in Sachen Schadensregulierung, und inwiefern sehen Sie den Freistaat hierbei in der Pflicht?

Dr. André Hahn: Es ist zunächst einmal erfreulich, dass die Regierung ihre anfängliche Blockadehaltung aufgegeben und sich der Forderung der Linksfraktion.PDS nach einem Sofortprogramm zur Beseitigung von Flutfolgen zumindest insofern angenähert hat, dass ein Hilfspaket für Hochwasseropfer aufgelegt worden ist. Man wird nun aber ganz genau hinsehen müssen, ob der aufgelegte Fonds für Härtefälle und die Reparatur-Zuschüsse für die Kommunen ausreichen bzw. ob die zinsverbilligten Darlehen tatsächlich geeignet sind, betroffene Hausbesitzer und Unternehmen aus der Misere zu holen.

Allein im Landkreis Sächsische Schweiz verzeichnen wir Schäden in zweistelliger Millionenhöhe. Weder kann der Landkreis die kompletten Kosten für die Katastrophenbekämpfung und die unabwendbare Müllbeseitigung tragen noch sind die betroffenen Unternehmen und Privatpersonen in der Regel in der Lage, allein für die Hochwasserfolgen aufzukommen. Die Mehrheit der Betroffenen ist schuldlos nicht oder nicht mehr ausreichend gegen Hochwasser versichert. Häufig wurden ihnen nach der Flut von 2002 die Versicherungen gekündigt und neue Policen gab es gar nicht oder nur zu exorbitant hohen Preisen. Zahlreiche Hauseigentümer in der Sächsischen Schweiz, aber auch eine Reihe von Unternehmen haben darüber hinaus noch immer mit Altkrediten zu kämpfen und/oder mit Verbindlichkeiten, die nach dem Hochwasser 2002 aufgenommen werden mussten.

Perspektivisch muss deshalb darüber nachgedacht werden, ob nicht vielleicht doch eine Pflichtversicherung gegen Elementarschäden für alle Grundstücksbesitzer vernünftig wäre. Zurzeit aber muss erst einmal den Betroffenen geholfen werden. Das ist übrigens auch ein Gebot des Artikels 8 der Sächsischen Verfassung. Und natürlich müssen im kommenden Doppelhaushalt des Freistaates die notwendigen Mittel eingestellt werden, um die Prioritätenliste des Umweltministeriums schnellstmöglich abarbeiten zu können, denn: Das nächste Hochwasser kommt mit Sicherheit!



Foto: efa am 29.03.2006



Foto: efa am 30.03.2006



Foto: efa am 04.04.2006

Hochwasser in Zahlen:

Laut Sächsischem Umweltministerium hat das Hochwasser 2006 zahlreiche Deich- und anderen Hochwasserschutzanlagen im Freistaat beschädigt. Die Schadenshöhe wurde mit 27 Mio. Euro angegeben.

Hinzu kommen die Kosten für die Hilfeinsätze, für Müllberäumung und Schlammabfuhr sowie die Aufrechterhaltung der Schäden, die an Privathäusern und Unternehmensbesitz entstanden sind. Nach Einschätzung der Sächsischen Landesbank waren rund 1.500 Gebäude vom Hochwasser 2006 betroffen, die Einzelschäden reichen dabei von 5.000 bis 15.000 Euro. Bei Unternehmen wird mit Einzelschäden in Höhe von bis zu 40.000 Euro gerechnet.

Quellen: ddp, DNN



Gesundheits- check negativ:

**Die MdL Kerstin Lauterbach,
Dr. Dietmar Pellmann und Horst
Wehner analysieren die Situation
der medizinischen Versorgung**

Es gibt wohl kaum einen Bereich, der das Leben der Menschen so unmittelbar betrifft, wie das Gesundheitswesen, und so es auch nicht verwunderlich, dass politische Entscheidungsträger aufgefordert sind, immer wieder zu prüfen, ob sich die gesetzlichen Bestimmungen für Ärzte und Patienten bewährt haben oder ob sie einer Reform bedürfen. Gegenwärtig stehen wir erneut vor einer solchen Entscheidung. Schon vor drei Jahren, als die letzte so genannte Gesundheitsreform beschlossen wurde, gab es Skepsis und Proteste. erinnert sei nur an den Widerstand gegen die Praxisgebühr, gegen eine weitere Ausdünnung des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung oder gegen die erheblich gestiegenen Zuzahlungen für Medikamente, Heil- und Hilfsmittel sowie für Krankenhausaufenthalte. Am Vorabend einer neuen Gesundheitsreform, die nun von einer Großen Regierungskoalition im Bund auf den Weg gebracht wird und die Probleme dauerhaft lösen soll, sind die Proteste umfangreicher und schärfer als damals.

Streiks an Universitätskliniken

Seit Herbst vergangenen Jahres ist der schon lange schwelende Konflikt zwischen dem Marburger Bund, der 22.000 bei den medizinischen Fakultäten angestellte Ärzte vertritt, und der Tarifkommission der Bundesländer offen ausgebrochen. Ab März kam es zu Streiks, an denen sich auch Ärzte der Leipziger Universitätsklinik beteiligten. Inzwischen regen sich aktive Proteste auch an der Uniklinik in Dresden. Dies war für die Linksfraktion.PDS im April Anlass für eine Aktuelle Landtagsdebatte. Während dieser Debatte konnte man den Eindruck gewinnen, dass die Redner der Regierungsfractionen die kritische Lage völlig unterschätzen und am liebsten aussitzen würden. Höhepunkt dieser Nebelvorhangtaktik war die Aussage von Sachsens Gesundheitsministerin Helma Orosz, dass es am Leipziger Universitätsklinikum gar keine Streiks gegeben habe. Ob es sich dabei um Unkenntnis handelte - was schlimm genug wäre - oder um Realitätsverlust, muss die Ministerin mit sich selbst ausmachen.

Die Linksfraktion.PDS hat die Proteste, insbesondere an der Leipziger Universitätsklinik, von Anfang an unterstützt, weil wir sie für berechtigt halten. Dabei wollen wir nicht darüber richten, ob die Forderung nach 30 Prozent mehr Gehalt realistisch ist oder nicht. Wenn ein Assistenzarzt mit 1.200 Euro Nettogehalt im Monat nach Hause geht, obwohl er zahlreiche Überstunden leisten muss, dann kann das nicht so weitergehen. Wenn Lehre und Forschung weitgehend in der Freizeit (?) geleistet werden sollen, dann ist das nicht länger hinnehmbar, weil es nicht nur zur völligen Überlastung der Ärzte, sondern auch zu Qualitätsverlusten führt.

Bei alledem ist die Situation an den Universitätskliniken nicht allein nur Ergebnis verfehlter Gesundheitspolitik auf Bundesebene, sondern zugleich Ausdruck von Entscheidungen der sächsischen Landesregierung, denn die Mehrheit der Universitätsärzte sind faktisch bei ihr angestellt. Auch die Verwandlung der beiden sächsischen Kliniken in Anstalten des öffentlichen Rechts entlastet die Staatsregierung nicht. Immerhin gehören die Ministerinnen für Wissenschaft und Soziales beiden Aufsichtsräten an. Aber diese Ausgliederung hat zu einem regelrechten Tarifwirrwarr geführt, denn die bei den Anstalten des öffentlichen Rechts angestellten Ärzte haben in der Regel nur befristete Einzelverträge mit geringeren Gehältern und nicht einmal Streikrecht. So entstand nach dem Prinzip „Teile und herrsche“ in den letzten Jahren eine Zweiklassengesellschaft unter den Ärzten der Universitätskliniken. Ganz zu schweigen vom nichtärztlichen Personal, welches für den Ablauf im Krankenhaus und insbesondere für eine gute Patientenbetreuung unverzichtbar ist. Auch unter den Pflegern und Schwestern der Leipziger Universität hat es berechtigte Streikaktionen gegeben. In den letzten Jahren wurden hier ca. 500 Pflege- und Hilfskräfte entlassen, deren Arbeit von den Verbleibenden mit übernommen werden musste, ohne dass es in den letzten vier Jahren zu Gehaltssteigerungen gekommen wäre.

Die hauptsächlichen Ursachen für die Misere an den Universitätskliniken ist der knallharte Ökonomisierungsdruck. Ohne dass die Besonderheiten eines Universitätsklinikums ausreichend beachtet werden, wird unablässig an der Personalschraube gedreht, wurden Fallpauschalen eingeführt, die viel zu wenig berücksichtigen, dass Patienten, die in Universitätskliniken eingewiesen werden, i. d. R. einer kostenaufwändigeren Behandlung bedürfen. Wenn das Universitätsklinikum Leipzig im vergangenen Jahr dennoch einen Gewinn von mehreren Millionen verbuchte, kann man sich gut vorstellen, wer dafür Einbußen beim Gehalt hinnehmen musste.

Ambulante Versorgung

Seit Jahren hat die Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag immer wieder die Situation der ambulanten medizinischen Versorgung thematisiert, auf bestehende und zu erwartende Engpässe verwiesen und Vorschläge unterbreitet. Trotz erster Maßnahmen der Kassenärztlichen Vereinigung, der gesetzlichen Krankenkassen und auch der Staatsregierung ist kein Durchbruch in Sicht, der den drohenden Ärztemangel abwenden könnte.

Besonders prekär ist die Lage bei den Hausärzten. Seit 1999 ist die Zahl der Hausärzte in den neuen Bundesländern um mehr als 700 zurückgegangen. Allein im letzten Jahr fielen 130 Hausarztstellen weg. Bis 2010 rechnet der Bundesvorstand der Betriebskrankenkassen für die neuen Bundesländer damit, dass weiterer 500 Praxen niedergelassener Ärzte dauerhaft geschlossen werden. Besonders in ländlich geprägten Regionen dürfte die Versorgungslage dann noch kritischer werden. Dieser Trend dürfte sich auch in den Folgejahren fortsetzen, denn Mitte 2005 betrug das Durchschnittsalter bei Hausärztinnen in den neuen Bundesländern 51,3 Jahre, bei ihren männlichen Kollegen waren es sogar 54,0 Jahre. Auch bei Fachärzten spitzt sich die Situation weiter zu. Selbst wenn der sächsischen Staatsregierung angeblich keine Daten vorliegen, klagen Patienten bereits jetzt über monatelange Wartezeiten, sofern sie die Behandlung nicht privat bezahlen wollen oder können.

Die Ursachen für die dramatische Lage sind seit langem bekannt, haben sich allerdings seit Inkrafttreten der so genannten Gesundheitsreform seit Januar 2004 verschärft, so dass es auch unter den niedergelassenen Ärzten immer wieder zu Protestaktionen gekommen ist. Beklagt wird der gewaltige bürokratische Aufwand, der Ärzte immer mehr zu Buchhaltern macht. Dazu gehören die viel zu engen Quartalsbudgets, die sich vor allem gegen Ende des Quartals so auswirken, dass niedergelassene Ärzte faktisch keine Honorare mehr für erbrachte Leistungen erhalten. Uns liegen Informationen vor, dass sowohl Haus- als auch Fachärzte oft keine neuen Patienten mehr aufnehmen, weil ihr Budget ausgeschöpft ist. Schließlich haben Ärzte in eigener Praxis in den neuen Bundesländern mehr Leistungen zu erbrin-

gen, so dass ihr monatliches Honorar immer noch um ca. ein Fünftel unter dem der westdeutschen Kollegen liegt. Während im Durchschnitt der Bundesrepublik auf einen Arzt 269 Einwohner kommen, sind es in Sachsen immerhin 304. Bedenkt man, dass die Ärztedichte in den sächsischen Großstädten weit über dem Durchschnitt liegt, wird die Versorgungslage in den ländlichen Regionen offensichtlich.

Gesundheitsreform gescheitert - weitere Flickschusterei droht

Aus unserer Sicht ist die 2004 eingeleitete so genannte Gesundheitsreform deshalb gescheitert, weil sie die wirklichen Ursachen der Krise des deutschen Gesundheitswesens nicht ernsthaft beseitigen wollte. Zwar sind inzwischen die gesetzlichen Krankenkassen weitgehend entschuldet, aber zu der versprochenen Senkung des monatlichen Beitrages ist es nicht gekommen. Stattdessen wurden die gesetzlich Versicherten in bislang ungekanntem Ausmaß finanziell belastet. Allein seit Anfang 2004 mussten sie ca. 20 Milliarden Euro zusätzlich aufbringen, ohne dass die Versorgungsqualität gestiegen wäre!

Dennoch wuchsen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen 2005 um 3,3 Prozent pro Mitglied. Allein die Ausgaben für Arzneimittel wuchsen um 16,8 Prozent und für Krankenhausaufenthalte um 3,3 Prozent, während es beim Zahnersatz zu einem Rückgang um ein Drittel kam. Diese Beispiele belegen, wer von der so genannten Gesundheitsreform profitiert und zu wessen Lasten sie geht. So sind die Profite der Pharmakonzerne erheblich gestiegen; und auch die privaten Krankenhauskonzerne konnten beträchtliche Einnahmesteigerungen verbuchen.

Hinzu kommt, dass die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen 2005 lediglich um 0,9 Prozent gestiegen sind, wofür in erster Linie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit und der stete Rückgang versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verantwortlich ist. Hinzu kommen zusätzliche Belastungen der gesetzlichen Krankenversicherung durch Hartz IV, weil bisherige verheiratete Mitglieder von gesetzlichen Krankenkassen vom Partner mit familienversicherung sind, ohne dass die Kassen dafür einen finanziellen Ausgleich erhalten.

Derzeit wird bezüglich einer neuen Gesundheitsreform fast täglich ein neuer Eber durch den Berliner Reichstag getrieben und es ist völlig ungewiss, wie die Regelungen der großspurig angekündigten großen Gesundheitsreform aussehen werden. Gewiss dürfte aber sein: Es wird zu einer weiteren finanziellen Belastung von Krankenversicherten kommen - und die Lobbyisten im Gesundheitswesen, vor allem die Pharmakonzerne und die privaten Krankenhausesellschaften, dürften weiter ungeschoren bleiben.

Ob es wenigstens dazu kommt, dass die privaten Krankenkassen in einen gesamten Risikostrukturausgleich einbezogen werden und vielleicht weitere strukturelle Veränderungen die starren Grenzen zwischen ambulanter und stationärer Versorgung lockern, muss abgewartet werden. Auf jeden Fall besteht wenig Anlass zu der Annahme, dass diese neue Gesundheitsreform zu einem solidarischeren Gesamtsystem führen wird, weil wiederum nicht an die Wurzeln der Misere herangegangen werden wird.

Alternative Lösungsansätze

Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und keine Ware. Sie bedarf - will sie nicht zur Mehrklassenmedizin verkommen - einer solidarischen Finanzierung aller, die dazu in der Lage sind. Deshalb bleiben wir bei unseren Forderungen:

Alle zahlen entsprechend ihrer Einkünfte in die gesetzliche Krankenversicherung ein, private Krankenkassen verlieren ihren Status als Vollversorgungskassen und sind bestenfalls noch für die Versicherung von

Zusatzleistungen zuständig. Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wird nicht weiter ausgedünnt, sondern enthält alle notwendigen Leistungen für die Versicherten, insbesondere der Prävention und Vorsorgeuntersuchungen. Praxisgebühr oder Zuzahlungen für verschreibungspflichtige Medikamente, notwendige Heil- und Hilfsmittel sowie für stationäre Aufenthalte werden wieder abgeschafft. Um die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung zu begrenzen, streben wir über eine Positivliste für Medikamente an, die Profite der Pharmakonzerne erheblich zu beschneiden, ohne dass dadurch die Qualität der Medikation Schaden nimmt. Die Mehrwertsteuer für verschreibungspflichtige Medikamente ist zunächst auf 7 Prozent zu reduzieren.

Neben diesen Vorschlägen sollte es zu weiteren Strukturveränderungen im Gesamtsystem der gesundheitlichen Versorgung kommen, mit denen nicht nur eine Qualitätsverbesserung, sondern auch beträchtliche Einspar-effekte verbunden wären. Dazu gehören der geförderte Ausbau von Polikliniken, die Überwindung der strikten Trennung von ambulanter und stationärer Versorgung und insbesondere der Stopp weiterer Privatisierungen im Krankenhausbereich.



Über die künftige Rolle von Kassenärztlichen Vereinigungen sowie Ärzteverbänden muss weiter beraten werden. Hier ist allerdings vor vorschnellen Entscheidungen zu warnen, bevor nicht andere tragfähige Strukturen erprobt sind. Und schließlich bleiben wir dabei: 260 Krankenkassen sind weder sinnvoll noch nötig, ohne dass wir mit Macht auf die Einheitskasse drängen.

Am 01.01.2006 trat der „Bildungsplan für Kindertagesstätten“ in Kraft. Damit wurde eine alte Forderung der Linksfraktion. PDS endlich umgesetzt.

Der Bildungsplan wurde unter Beteiligung hervorragender Fachexperten erarbeitet. Er formuliert zeitgemäße und anspruchsvolle Bildungsziele für das Vorschulalter. Damit gibt er den Kindertagesstätten eine verbindliche Orientierung, ohne deren Eigenverantwortung und Kreativität einzuschränken.

Damit dürfte die nach 1990 von manchen Konservativen wiederbelebte Vorstellung, bei Krippen und Kindergärten handele es sich um Kleinkinderbewahranstalten für Rabenmütter, endgültig vom Tisch sein.

Kindertagesstätten sind ebenso wie Schulen und Hochschulen in erster Linie Bildungseinrichtungen. Hier werden die wichtigsten Grundlagen gelegt, die maßgeblich über den Erfolg oder Misserfolg

unseres gesamten Bildungssystems mit entscheiden.

Dabei macht der Bildungsplan durchaus auch Probleme deutlich. So fehlt es nach wie vor an einem verbesserten Personalschlüssel, an ausreichenden Vor- und Nachbereitungszeiten für die frühkindliche Bildung und an den notwendigen Fachberatungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Pädagoginnen und Pädagogen.

Auf breites öffentliches Unverständnis stieß aber, dass die zuständige Sozialministerin, Helma Orosz (CDU), im Rahmen des Bildungsplanes ein zusätzliches Kapitel „Religiöse Grunderfahrungen und Werteentwicklung“ veröffentlichen ließ.

Dieses aufgepfropfte Kapitel wurde durch den zuständigen Fachbeirat zum Bildungsplan weder besprochen noch autorisiert, es wird allein durch die Evangelisch-Lutherische Landeskirche verantwortet.

Kultusminister Flath sekundierte der sofort in die Kritik geratenen Kollegin sogar mit einem staatsbürgerkundlichen Machtwort. Es sei falsch, Kinder zum Atheismus zu erziehen. „Religionsfreiheit wird hier offenbar missverstanden, als sei es Staatsziel, Kitas und Schulen frei von Religion zu machen.“

Die Linksfraktion.PDS reagierte mit einem Faltblatt, auf diese - wie MdL Prof. Dr. Peter Porsch sagte - „vermeintlich christliche, in Wahrheit aber fundamentalistische Offensive gesellschaftlich ratloser Politiker“.



Keine Werte ohne Religion? CDU als MissioNarr



Kindergarten statt Baby-Kloster!

WERTE mit...

„Die Leugnung der religiösen Dimension des Lebens wie des Menschseins bildet (leider Gottes) eine Wurzel für den Werteverfall.“ So steht es im Religions-Kapitel des Bildungsplans für sächsische Kindertagesstätten, den die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens beigesteuert hat. Dieser Satz hätte auch aus dem Munde hochrangiger CDU-Politiker kommen können, für die CDU-Bundesfamilienministerin von der Leyen sind Familienförderung und Christentumspflege gar zwei Seiten einer Medaille. Dabei wird so getan, als seien die Grundwerte, auf die sich der Zusammenhalt unserer Gesellschaft stützt, letztlich die „weltlichen“ Früchte eines religiösen Pflänzchens, das schon arg lädiert sei und von Politik und gesellschaftlichen Institutionen endlich wieder mehr gepflegt werden müsse.

Diese Sicht wird weder religiösen noch konfessionslosen Menschen gerecht. Gläubige Christen – beispielsweise – brauchen nicht den Staat, um aus ihrem Glauben heraus zu leben. Im Gegenteil, eine Politik, die vorgibt, „christlich“ zu sein und durch Sozialabbau auf Kosten der Schwächeren unchristlich handelt, beschädigt die Glaubwürdigkeit des Christentums in der Öffentlichkeit. Religionsfreie Menschen wiederum werden durch solche Unterstellungen beleidigt, ihr Engagement für Mitmenschlichkeit herabgewürdigt.

... und ohne Gott

Die Grundwerte unserer Gesellschaft sind im Grundgesetz klar zum Ausdruck gebracht. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, die Freiheit des Einzelnen, die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger vor dem Gesetz – das sind auch in der Bevölkerung allgemein anerkannte Maßstäbe für das Zusammenleben. An diesen Idealen müssen sich alle Weltanschauungen messen lassen, aus denen Menschen Motive für ihr Handeln schöpfen. Religion schützt nicht vor Menschenfeindlichkeit, wie aktuelle Studien auch in Sachsen zeigen, und nicht jeder Atheist ist ein menschenfreundlicher Geist, wie nicht zuletzt einige landesweit bekannte Rassisten durch ihre monatlichen Hetzreden im Landtag vorführen. Es gibt überhaupt keine allgemeinverbindlichen empirischen Erkenntnisse darüber, dass eine bestimmte Weltanschauung an sich „bessere“ Menschen hervorbringt als andere.

Gerade im Osten Deutschlands gibt es eine verständliche und berechtigte Empfindlichkeit gegenüber aufdringlicher Agitation. Wer, wie manche CDU-Politiker, die frühere marxistisch-leninistische „Rotlichtbestrahlung“ nun am liebsten gegen eine flächendeckende, von den Kirchen bestimmte „Christenlehre“ austauschen möchte, erweist damit den Kirchen einen Bärendienst und missachtet die Mündigkeit der Menschen.

Was uns unterscheidet...

In Sachsen gibt es eine lange landestypische Geschichte des Neben- und Miteinanders höchst unterschiedlicher Religions- und Weltanschauungs-Kulturen. Mit der frühen Industrialisierung ging eine Säkularisierung einher, in deren Folge Religion an Bedeutung verlor. Die Jugendweihe ist ja keine Erfindung der DDR. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung stehen heute in dieser Tradition.

Zugleich spielt die christliche Religion in einigen Regionen auch im öffentlichen Raum eine unbestrittene Rolle, übrigens nicht selten in Form kleiner, von den beiden Großkirchen unabhängiger Glaubensgemeinschaften. Es ist selbstverständlich, dass sich diese Vielfalt auch in der Trägerstruktur von Kindertagesstätten in Sachsen widerspiegelt.

... und verbindet

Was uns alle verbindet, wollen wir mit dem Bildungswesen, zu dem auch Kindertagesstätten gehören, an künftige Generationen weitergeben. Die Sächsische Verfassung, die sich übrigens auf keinen Gott beruft, beschreibt dies im Artikel 101 so: „Die Jugend ist zur Ehrfurcht vor allem Lebendigen, zur Nächstenliebe, zum Frieden und zur Erhaltung der Umwelt, zur Heimatliebe, zu sittlichem und politischem Verantwortungsbewusstsein, zu Gerechtigkeit und zur Achtung vor der Überzeugung des anderen, zu beruflichem Können, zu sozialem Handeln und zu freiheitlicher demokratischer Haltung zu erziehen.“

Diese Werte in moderner, aufgeklärter und humanistischer Weise mit Leben zu erfüllen, ist eine große Herausforderung. Unsere gesellschaftlichen Werte sind kein Selbstzweck, sie sollen jedem Menschen seinen unveräußerlichen Wert garantieren, der weder ideologischem Anspruch noch ökonomischem Interesse geopfert werden darf.



Eine Frau geht in der Lausitz im Wald spazieren, als sie sich plötzlich von einem Rudel Wölfen umringt sieht. Die grimmig drein schauenden Tiere fletschen die Zähne und setzen zur Jagd auf die Spaziergängerin an. Die gut gläubige Frau fällt daraufhin auf die Knie und betet: „Lieber Gott, lass die Wölfe bitte handeln wie gute Christenmenschen ...“ Da wird es still und als die Frau aufblickt, sieht sie, dass die Wölfe sich gesetzt und ihre Pfoten gefaltet haben - und sie hört die Tiere murmeln: „Komm, oh Herr, sei unser Gast und segne, was du uns ...“

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus www.rotter-reporter.de

Niemand kann und will den Kirchen Missionierung verbieten.

Nichtkonfessionelle Kindereinrichtungen sind dafür aber der falsche Ort. Und der Staat hat sich weltanschaulich neutral zu verhalten.

Untragbar ist deshalb die Formulierung: „Die Leugnung der religiösen Dimension des Lebens wie des Menschseins bildet (leider Gottes) eine Wurzel für den Werteverfall.“

Das ist eine Diskriminierung von Nichtchristen, die in Sachsen immerhin mehr als drei Viertel der Bevölkerung ausmachen, und damit ein Verstoß gegen das Grundrecht auf Religions- und Bekenntnisfreiheit in Artikel 19 der sächsischen Verfassung.

Wir fordern die ausdrückliche Rücknahme dieses „Versuches, den Kirchen per Schleichwerbung die Hintertür zu staatlichen Kindergärten zu öffnen“ (Freie Presse, 15.05.06).



CDU-Kreuzzug abgeblasen

Am 25. 05. 2006 konnte die Linksfraktion, PDS der Presse mitteilen:

Sozialministerin Helma Orosz (CDU) hat in der Auseinandersetzung um die Aufnahme eines zusätzlichen Kapitels zur religiösen Erziehung in den Kita-Bildungsplan eingelenkt: In einem Antwortbrief an den familienpolitischen



Der Oberrabbiner von Jerusalem ist auf Dienstreise in England. An einem Morgen wacht er sehr früh auf. Es ist Jom-Kippur - der höchste jüdische Feiertag, an dem außer Beten und Fasten alles verboten ist. Er tritt auf den Balkon seines Hotels und blickt direkt auf den Golfplatz. Er denkt sich: „So früh am Morgen wird mich keiner entdecken!“ Er holt also seine Golfausrüstung und geht zum Abschlag des ersten Lochs. Oben im Himmel sagt Petrus zu Gott: „Siehst Du, was der Oberrabbiner von Jerusalem am Jom-Kippur macht? Willst Du ihn dafür nicht bestrafen?“ Gott nickt. Der Oberrabbiner schlägt ab und trifft das Loch mit dem ersten Schlag: ein „Hole-in-one“ - das allergrößte und allerseltenste Ereignis für einen Golfer.

Petrus: „Das verstehe ich nicht - Du wolltest ihn doch bestrafen!“

Gott: „Das habe ich doch! Denn wem kann er DAS jetzt erzählen?“

Aus dem world wide web

Sprecher der Linksfraktion.PDS, Falk Neubert, stellte die Ministerin klar, dass der Bildungsplan ausschließlich die drei Kapitel über Grundlagen, Bildungsbereiche und Kontexte enthält. Sie werde in einem Rundschreiben an alle Kindertagesstätten „die entstandenen Irritationen auszuräumen versuchen“. Die Ministerin räumte ein, dass „die vom Verlag gewählte Gliederung im Inhaltsverzeichnis auf Seite 4 die klare Abtrennung durch die fortlaufende Nummerierung nicht genügend verdeutlicht“. Die in Kürze erscheinende amtliche Fassung des Sächsischen Bildungsplanes werde die umstrittenen „ergänzenden Aspekte“ nicht enthalten.

Der familienpolitische Sprecher der Fraktion, MdL Falk Neubert, begrüßte diese frohe Botschaft und die Einsicht der Ministerin, die nicht zuletzt sicher auch auf die zahlreichen Proteste aus der Bevölkerung zurückzuführen ist. Wir sehen in dem Schritt einen Beitrag zur Herstellung einer verfassungskonformen Bildungspolitik. Die Sächsische Verfassung orientiert sich an allgemein humanistischen Grundwerten, die für Menschen unterschiedlicher Weltanschauung gelten.

Wir erwarten, dass nun auch die diskriminierende Behauptung „Die Leugnung der religiösen Dimension des Lebens wie des Menschseins bildet (leider Gottes) eine Wurzel für den Werteverfall“ durch den Verfasser der „ergänzenden Aspekte“, Oberlandeskirchenrat Harald Bretschneider, zurückgezogen wird. Dies wäre dem gedeihlichen Zusammenleben von Christen und Nichtchristen in Sachsen gewiss förderlich.

Ein Dorf in der DDR: Der Pfarrer wird zum Sterbebett eines Mannes gebeten, der ihm als tiefgläubiges Gemeindeglied bekannt ist.

Als er gerade in dessen Haus eintreten will, kommt gerade der örtliche Parteisekretär heraus. Grinsend sagt der: „Wegen Paul brauchst du dich nicht zu bemühen, der ist gerade in die Partei eingetreten.“

Der Pfarrer ist zunächst sprachlos, dann stürmt er ins Sterbezimmer und fragt Paul: „Wie konntest du das tun? Wenige Minuten, bevor du vor den Herrn trittst, verlässt Du unsere Herde!“

Auf dem Gesicht des Sterbenden erscheint ein hintergründiges Lächeln: „Ach, wissen Sie, Herr Pfarrer, wenn schon einer sterben muss, dann wenigstens jemand von denen ...“

Aus der Erinnerung



Unsere Gesetzentwürfe

Drs 4/4570:

Gesetz über die Öffentlichkeit der Beteiligten des Freistaates Sachsen und der Vergütungen ihrer Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Drs 4/5037:

Gesetz zur Gewährleistung einer unabhängigen Datenschutzkontrolle im nicht-öffentlichen Bereich

Unsere Großen Anfragen

Drs 4/4647:

Situation der Drogenhilfe in Sachsen

Drs 4/4987:

Einführung der Doppelten Buchführung in Konten bei den Kommunen in Sachsen

Drs 4/5048:

Beseitigung der Hindernisse, die einer Wiederbetriebnahme von Wasserkraftanlagen alten Rechts entgegenstehen

Unsere Anträge

Drs 4/4548: Sicherung der bisherigen Mittel zur Förderung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ für den Freistaat Sachsen

Drs 4/4572: Kommunen bei der Bewältigung der außergewöhnlichen Kosten des diesjährigen Winterdienstes nicht allein lassen

Drs 4/4573: Praktische Konsequenzen aus familienpolitischen Stellungnahmen von Mitgliedern der Staatsregierung

Drs 4/4588: Rechtsverbindliche Bestimmung der Zulassungsvoraussetzungen für die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen in Sachsen

Drs 4/4644: Haushaltstransparenz in den Stellenplänen des SMK hinsichtlich der für die tatsächliche Lehrerinnen- und Lehrertätigkeit vorgesehenen Personalstellen im kommenden Haushaltsplan

Drs 4/4645: Unterrichtung über den gegenwärtigen Stand der Beratungen der Länderregierungen zum 9. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Drs 4/4656: Sicherung einer praxisnahen und vielseitigen Lehramtsausbildung im Freistaat Sachsen

Drs 4/4714: Aufklärung des Einsatzes sächsischer Polizisten vom 6. März 2006 in der Dresdner Kindertagesstätte „Outlaw“ und Schlussfolgerungen für die strikte Wahrung der Grund- und Menschenrechte bei polizeilichen

Maßnahmen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern

Drs 4/4715: Sachsen unterstützt die Initiativen gegen Zwangsprostitution zur Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland

Drs 4/4755: Anhebung des Regelsatzes und weiterer Leistungen der Sozialhilfe nach SGB XII

Drs 4/4906: Einsetzung eines zeitweiligen Ausschusses Verwaltungsreform

Drs 4/4915: Glaubwürdigkeit des Regierungshandelns im Zusammenhang mit dem Stellenabbaukonzept im Bereich der sächsischen Polizei

Drs 4/4952: Einführung einer Positivliste für Medikamente

Drs 4/4953: Festschreibung des Mehrwertsteuersatzes für verschreibungspflichtige Medikamente sowie für Heil- und Hilfsmittel auf 7 Prozent

Drs 4/4954: Für eine Föderalismusreform ohne Abbau sozialer Standards

Drs 4/4986: Sächsischer Integrationsgipfel

Drs 4/5036: Nachrüstung aller geeigneten Talsperren und Speicher mit Anlagen zur Energieerzeugung aus Wasserkraft

Drs 4/5119: Föderalismusreform im Hochschulbereich

Das Parlament und seine Regeln

Der Dringliche Antrag:

Neben dem „normalen“ parlamentarischen Antrag, dem wir uns in der Nr.03-04/2006 des „Parlaments von links“ gewidmet hatten, gibt es auch den Dringlichen Antrag. Die Regelungen hierzu finden sich in § 54 der Geschäftsordnung.

Dringliche Anträge werden auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtages gesetzt. Sie erhalten eine Drucksachennummer. Für den Fall, dass der Präsident einen solchen Antrag für unzulässig hält, entscheidet das Präsidium über dessen Zulässigkeit.

1. Nach § 54 Abs. 2 der Geschäftsordnung (GO) sind folgende Anträge immer als dringlich zu behandeln:

a) ein Antrag, die Immunität eines Mitglieds des Landtages aufzuheben. Die Immunität bewahrt Landtagsabgeordnete zeitlich befristet und unter bestimmten Voraussetzungen vor Strafverfolgung und anderen staatlichen Beeinträchtigungen ihrer persönlichen Freiheit. Sie dient insbesondere der Funktionsfähigkeit des Landtages. Nach Nummer 1 der Richtlinien in Immunitätsangelegenheiten (Anlage 5 zur GO) sind zur Stellung eines Antrages in Immunitätsangelegenheiten berechtigt: die Staatsanwaltschaften und Gerichte, auch Ehrengerichte

öffentlich-rechtlichen Charakters, die obersten Dienstbehörden bei Durchführung eines Disziplinarverfahrens und Privatkläger. Der Präsident leitet eingehende Anträge auf Aufhebung der Immunität eines Abgeordneten zur Vorberatung an den Ausschuss für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten weiter. Dieser legt dem Landtag eine Beschlussempfehlung zur Entscheidung vor.

b) ein Antrag, dem Ministerpräsidenten das Vertrauen zu entziehen. Nach Art. 69 der Sächsischen Verfassung kann der Landtag dem Ministerpräsidenten das Vertrauen nur dadurch entziehen, dass er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt (konstruktives Misstrauensvotum). Nach § 55 Abs. 2 der GO muss der Antrag von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Landtages gestellt werden.

c) ein Antrag, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Untersuchungsausschüsse werden stets durch Beschluss des Landtages eingesetzt. Der Landtag ist allerdings zur unverzüglichen Einsetzung verpflichtet, wenn mindestens ein Fünftel der Mitglieder des Landtages dies beantragt (Art. 54 Abs. 1 SächsVerf).

2. Nach § 54 Abs. 3 der GO können andere Anträge vom Präsidium durch einmütigen Beschluss oder vom Landtag für dringlich erklärt werden, sofern sie drei Arbeitstage vor der Ple-

narsitzung eingereicht werden. Zur Einreichung berechtigt sind, wie bei „normalen“ Anträgen auch, entweder mindestens sechs Mitglieder des Landtages oder die Fraktionen.

Stellt das Präsidium die Dringlichkeit fest, so sind die Anträge in der nächsten Sitzung des Landtages abschließend zu behandeln. Werden die Anträge durch den Landtag für dringlich erklärt, sind sie in der gleichen Sitzung abschließend zu behandeln. Voraussetzung für die Dringlichkeit eines Antrages ist, dass im üblichen Verfahren nach § 53 der GO eine rechtzeitige Entscheidung des Landtages über einen solchen Antrag nicht zu erreichen ist. Anträge zu Angelegenheiten, die bereits in Form eines Antrages oder einer Großen Anfrage Gegenstand der Beratungen im Landtag sind, können nur dann für dringlich erklärt werden, wenn inzwischen neue wesentliche Tatsachen eingetreten sind, welche die Dringlichkeit begründen.

Thorsten Steckel, Dr. Rosemarie Jarosch

Die Autoren sind Juristen und als parlamentarische Berater der Linksfraktion. PDS tätig.

Im nächsten Heft: Der Änderungsantrag



Fundstück des Monats:

Bleib fit - mit Ulla Schmidt

Sieh mal an, was so eine Grundschullehrerin aus Aachen an vorderster Reformfront so alles zu Wege bringt. Agierte die putzige rheinische Frohnatur zu Beginn ihrer Karriere als SPD-Gesundheitsfee noch recht glücklich, startet sie mit ihrer fulminanten „Gesundheitsreform“ jetzt aber mal so richtig durch! Und Du, lieber Bundesbürger, darfst dabei sein!



Über Kinder, ihre Wichtigkeit für die Zukunft der Gesellschaft, die nicht aussterben und auch in Zukunft auf hohem Niveau leben und wirtschaften möchte, wurde in den vergangenen Wochen viel geredet und geschrieben.

Als Thema viel zu lange stiefmütterlich behandelt werden nun endlich Missstände thematisiert. Zum Beispiel dieser, dass es in den alten Bundesländern nahezu unmöglich ist, eine Ganztagsbetreuung für das Kind zu finden. In den neuen Ländern tun wir deshalb gut daran, die (immer noch) gute Versorgung zu verteidigen und denen eine Absage zu erteilen, die die öffentlich organisierte Kinderbetreuung als minderwertig abqualifizieren wollen und die finanziell schlech-

Unter <http://www.die-praevention.de/index.html> präsentiert Dir die Ulla „Pauls Schreibtischübungen“ und lockt sexy-nasal: „Mit Paul werden Sie fit - Machen Sie mit!“

Dann wird's erst mal ernst und betroffen: „Ob zu Hause, im Auto, in der Bahn oder am Arbeitsplatz (!?! , d. Red.) - zahlreiche Menschen verbringen viel Zeit im Sitzen. Schmerzen im Rücken und Verspannungen im Nacken sind oft die Folgen von einer falschen Sitzhaltung und von zu wenig Bewegung (Schlimm!, d. Red.)“

Und weil so eine Ministerin es nicht ertragen kann, wenn ihr Volk leidet, bietet sie Abhilfe - und die heißt - Paul! Der virtuelle Trainer turnt die Übungen auch gleich direkt am Bildschirm vor. Da soll man sich dann aber nicht mit Chips und Bier davor setzen, sondern man soll mitmachen. (Wem das dann doch zu anstrengend wird, der kann sich Paul ausnahmsweise auch als Bildschirmschoner runter holen.)



So. Und nun viel Spaß. Und immer daran denken - ob im überfüllten Wartezimmer, vor der verschlossenen Praxistür oder kurz vorm Herzkasper nach Erhalt der Rechnung in der Apotheke: Bleib fit - mit Ulla Schmidt!

efa

Unser Fundstück des Monats entdeckte Hans-Jürgen Muskulus, parlamentarisch-wissenschaftlicher Berater der Linksfraktion.PDS. Danke!

Ministerieller Segen für drei große „K“

te Lage der Kinderkrippen und Kindergärten zu verantworten haben.

Die moralische Grundversorgung sieht Familienministerin Ursula von der Leyen vorrangig durch die Kirchen sichergestellt. Wenn Familien vermeintlich für Ordnung und Sitte im Kinderzimmer keinen Sinn mehr haben, muss die Kirche als moralischer Gralhüter her. Wenn Frau von der Leyen über die Betreuung von Kleinkindern sprechen will, sind kirchliche Würdenträger ihre Begleiter. Die von ihr verkündete Heilslehre lautet: Frauen sollen mehr Kinder bekommen und Väter sollen auch mal sehen, wie erfüllend ein Tag mit Baby sein kann - und bitte schön: Der Nachwuchs soll nach christlichen

Werten erzogen werden! Der „Spiegel“ stellte hierzu treffend fest: Kinder, Kirche, Karriere. Das sind die Grundbegriffe, um die das politische Reden und Handeln der Ministerin kreist.

Und tatsächlich ist heute schon jeder zweite Kindergartenplatz in kirchlicher Trägerschaft. Auch wenn Taufe oder Konfession der Eltern nicht zwangsläufig zu deren Aufnahmebedingungen gehören, macht es doch so manchen Eltern zu schaffen, wenn ihre Kinder in einem anderen Glauben erzogen werden als in dem, den sie selbst vertreten. In vielen Orten haben Eltern aber gar keine andere Wahl: Tagesmütter kosten viel Geld und öffentliche Kindergärten haben oft Öffnungszeiten, die es den Eltern kaum erlauben, voll berufstätig zu sein.

Was christliche Kinderbetreuung im Besonderen für Einwandererfamilien bedeutet, kann man sich wohl ansatzweise vorstellen. Die Hemmschwelle für eine, die Integration fördernde gemeinschaftliche Erziehung der Kinder ist bei öffentlichen Kindergärten ganz sicher niedriger. Damit Städte und Gemeinden in der Lage sind, ausreichend öffentliche Betreuungsangebote zu schaffen, müsste der Bund den Ländern und Kommunen 1,2 Mrd. Euro aus dem Bundeshaushalt zuschießen. Als die Linksfraktion im Bundestag forderte, die elternbeitragsfreie Kinderbetreuung auszubauen, wurde sie fraktionsübergreifend abgebügelt. Kurz darauf kam die Regierungskoalition mit demselben Anliegen um die Ecke - mit einem Unterschied: Beitragsfreiheit ja, aber bitte nicht sofort! Erst nach der zweiten Stufe der Föderalismusreform - und dann rein zufällig im Wahljahr 2009 - will man Kinderbetreuung beitragsfrei machen. Ein Schelm, der Arges dabei denkt...



Foto: Kirstin Hertel

MdB Dr. Barbara Höll



Über 87.000 Menschen in Sachsen verdienen durch ihren Lohn so wenig, dass sie zusätzlich Zahlungen aus „Hartz IV“ erhalten. Mit jährlich nur 28.077 Euro liegt der sächsische Durchschnittsverdienst um 10.800 Euro unter dem Bundesdurchschnitt.

Wenn es eines Beweises bedürfte, dass Niedriglöhne keine Arbeitsplätze schaffen, dann hieße dieser Beweis Sachsen.

Und: Als Bundesland, das an zwei neue EU-Länder mit wesentlich geringerem Lohnniveau grenzt, wird Sachsen von der kontrovers diskutierten Frage der „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ besonders betroffen.

Deshalb lud die Linksfraktion.PDS für den 6. Mai 2006 zu einer Konferenz Vertreter von Gewerkschaften, Mittelstand und politischen Parteien ein - länderübergreifend.

Länderübergreifender Arbeitsmarkt - Potenziale und Probleme

Das „Wichern-Haus“ in der Görlitzer Johannes-Wüsten-Straße dient alltäglich der Essensversorgung eines konfessionellen SeniorInnen-Heims. So etwas wird gelegentlich auch in der Linksfraktion.PDS als Omen angesehen, aber an diesem ersten Mai-Sonnabend waren weder linke Politiker noch Alte unter sich.

Lag noch nahe, dass die Gewerkschaften der drei Länder Vertreter zu einer Konferenz entsenden würden, so war es für sächsische Verhältnisse schon eine ungewöhnliche Situation, wie länder- und länderübergreifend die polnischen und tschechischen Nachbarn die Potenziale und Probleme eines gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes verstehen. Schirmherrin der Konferenz war die Sonderbeauftragte Botschafterin des polnischen Außenministeriums für die polnisch-deutsche Zusammenarbeit, Irena Lipowicz, und dem tschechischen Ministerium für Arbeit und Soziales war die Veranstaltung die Teilnahme des Stellvertretenden Ministers Jiří Hofman wert. Aber auch Vertreter der mittelständischen Wirtschaft, vor allem Sachsens, hatten die Einladung zur Diskussion angenommen. So hätte man abstrakt eine „explosive Mischung“ erwarten dürfen.

Tatsächlich aber erwies sich die Debatte über verschiedene und durchaus umstrittene Aspekte des Arbeitsmarktes zuerst und vor allem als eine „Arbeitsberatung“.

Nicht Mindestlöhne sind die großen Job-Killer

Während in Deutschland Pro und Contra zur gedachten Einführung von Mindestlöhnen nicht nur die verschiedenen politischen Parteien, sondern auch die Einzelgewerkschaften des DGB entzweiten, konnten die Vertreter aus Polen und Tschechien über die wirtschaftlichen und sozialen Erfahrungen mit gesetzlich festgelegten Mindestlöhnen berichten. Diese liegen deutlich unter den für Deutschland diskutierten Forderungen, was aber im Kontext der Verfasstheit der Arbeitsmärkte und der konkreten Lebenshaltungskosten bewertet werden muss.

Nicht verschieden zu Deutschland waren hingegen die in den Nachbarländern gegen diese Festlegungen vorgebrachten Argumente: Mindestlöhne würden die Unternehmen überfordern, würden zu Bankrotten und mithin zu

noch mehr Arbeitslosen führen. Diese Annahme konnten und wollten aber sowohl polnische Gewerkschaftsvertreter als auch der tschechische stellvertretende Minister zurückweisen.

Gerade ein steigendes Lohnniveau in den neuen EU-Ländern sollte dafür sorgen, daß die „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ nicht zu dramatischen Verwerfungen am Arbeitsmarkt führe.

Neue Kontakte und Sprachen schaden keiner Wirtschaft

Niemanden auf der Konferenz überraschte, dass die Vertreter des sächsischen Mittelstandes und Handwerks sowohl zur Frage der Mindestlöhne und Arbeitnehmerfreizügigkeit als auch zur „Europäischen Dienstleistungsrichtlinie“ besondere Betrachtungen anstellten.

Allerdings waren diese authentisch vorgetragenen Positionen bedeutend weniger vorurteilsgeladen als Parlamentsreden der selbst ernannten politischen Stellvertreter. Es spricht eher für eine Krise von Unternehmen und der Wirtschaft insgesamt als für Normalität, wenn





che bei ihrer Familie zu wohnen.“

Wachsende Einmütigkeit der pluralen Linken

Die Görlitzer Arbeitsmarkt-Konferenz war für die Linksfraktion.PDS nicht nur eine Konsequenz aus ihrer parlamentarischen Arbeit und eine Vorbereitung auf die Mindestlohn-Debatte in der folgenden Woche. Sie war auch ein Stück Verwirklichung des im Juni 2004 unterzeichneten Kooperationsabkommens mit linken Fraktionen in Polen und Tschechien.

Am Rande der Konferenz traten dieser Vereinbarung weitere regionale und zentrale Fraktionen bei. So werden in Zukunft die Linksfraktion.PDS im Sächsischen und im Brandenburgischen Landtag, Die Linke im Deutschen Bundestag, die Klubs der SLD im Sejmik der Wojwodschaften Dolny Śląsk und Lubuskie, die Fraktion der SLD im Sejm der Republik Polen, die Klubs der KSČM in den Regionalparlamenten der Bezirke

Wirtschaftlichkeit und Gewinne nur durch eine „Abwärtsspirale“ der Löhne zu sichern sind. Und ohne dass Probleme durch das internationale Lohngefälle gelegnet werden können, wäre es eine Absurdität, einerseits die Globalisierung der Produktion zu befürworten und zu betreiben, aber vor der Haustür auf Abschottung zu setzen.

Wie bei den Mindestlöhnen wurde auch in dieser Frage am ehesten deutscher Nachholbedarf angemerkt: die Kenntnis der Sprache der Nachbarn und die Neugier auf arbeits- und unternehmerische Herausforderungen in den Nachbarländern sei in Tschechien und Polen deutlich ausgeprägter. MdL Heiko Kosel merkte ein Paradoxon an: „Gerade aus der Lausitz und im Erzgebirge sind jetzt zu viele Menschen gezwungen, wegen der Arbeit ganz nach Bayern zu ziehen oder nur noch am Wochenende daheim sein zu können. Ein Arbeitsplatz im tschechischen oder polnischen Grenzgebiet würde es ihnen ermöglichen, auch während der Wo-



Liberec, Karlovy Vary und Ústí nad Labem und die Fraktion der KSČM im Abgeordnetenhaus des Parlaments der Tschechischen Republik koordinierter zusammenarbeiten.

Im Herbst wird in Bad Saarow eine von der Linksfraktion.PDS im Landtag Brandenburg veranstaltete Konferenz Probleme der Gesundheitspolitik diskutieren. **kps**

Von Arbeit muss man leben können!

Die Linksfraktion.PDS stellte auf der Konferenz ein Flugblatt vor, das Definitionen, Fakten und Argumente zum Thema „Mindestlohn“ enthält.

Interessenten können das Flugblatt bestellen: Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, B.-v.-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden oder über: linksfraktion@slt.sachsen.de.



Unterzeichnung des Kooperationsvertrags der linken Fraktionen

Fotos: efa

Natürlich ist das Wort auch in Mode: „Demographie“. Aber der vorhersehbare Bevölkerungsrückgang in Deutschland, und besonders in seinem Osten, ist kein Thema für Spezialisten und von Morgen. Er reicht im Alptraum ins Heute, er muss bei der Planung der Staatsausgaben berücksichtigt werden - und er wird nicht zuletzt dadurch beeinflusst, welche Chancen das Land den heutigen und künftigen Eltern gibt, welche Bildungspolitik gemacht und gewollt wird.

Wir setzen das Schwerpunkt-Thema aus pvl 01-02/2006 fort.



Foto: kps

MdL Heike Werner hat schlecht geträumt:

Ein Gespräch mit meinem Enkel

Manchmal hab ich einen ganz bösen Tagtraum.

Ich sehe mich in - sagen wir dreißig, fünfunddreißig Jahren - als altes Mütterlein vorm Feuerchen kauen und mein Enkel ist da, um die obligatorischen fünfhundert Euro bei mir abzuholen, die ihm sein Studium finanzieren. Und wahrscheinlich wird der Arme sich jedes Mal die gleiche Geschichte anhören müssen....

Zum Beispiel darüber, dass ich mich noch gut daran erinnere, dass in meiner Jugend niemand Studiengebühren zahlen musste. Es gab noch Krippenplätze für alle, und so konnte ich trotz der Kinder studieren.

Als meine Tochter Nele dann ihr Studium begann, war das schon anders. Es gab eine begrenzte Anzahl von Bildungsgutscheinen. Weil sie auf so einen Hallodri hereingefallen war, bekam sie während des Studiums dich und musste sich dann allein mit dir durchschlagen. Es dauerte knapp zwei Jahre, ehe sie einen Krippenplatz bekam. Weil sie in meiner Nähe blieb, konnte ich ab und zu helfen. Aber wahrscheinlich gingen meine guten Ratschläge ihr irgendwann auf die Nerven und sie sagte, sie müsse sich aus meiner Abhängigkeit befreien, na ja.

Du warst oft krank. Sie konnte dann in der Regelstudienzeit nicht ihr Studium beenden. Die Bildungsgutscheine waren aufgebraucht, und so musste sie noch vier Semester dazukaufen. Nebenjobs waren wegen Hartz IV immer schwerer zu finden. Wie sie dich da durchbekommen hat. Keine Ahnung. Aber deine ersten Schuljahre waren wohl sehr schwer... Aber du gingst glücklicherweise auf eine Freie Schule, da fiel wenigstens der Unterricht nicht so oft aus.

Bei deinem Onkel Luca war das schon anders. Der musste wegen der Abschaffung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in ein Bundesland mit Studiengebühren, die als Darlehen ausgereicht wurden. Leider standen er und seine Freundin wegen der Gebühren und des Bafögs nach dem Studium vor so einem Schuldenberg, dass sie sich entschlossen, erst einmal keine Kinder in die Welt zu setzen, bis die Schulden abgetragen sind, na ja, und irgendwann war es dann zu spät und so bist du mein einziges Enkelkind geblieben.

So ging es wohl vielen anderen jungen Leuten auch, und die Enkel wurden so immer weniger und so gibt es heute auch keine Rente mehr für alle. Nur für die, die sich privat versichern konn-

ten und für solche Glückspilze wie mich. Ich hab nämlich schon nach acht Jahren im Sächsischen Landtag, ohne einzahlen zu müssen, Anrecht auf eine Rente bekommen, von der du, mein Kind, nun studieren kannst.

Soweit mein (Alp-)Traum, der aber in Teilen schon Realität ist. Ich war im Vorjahr auf Hoch-

schultour durch Sachsen und habe mit vielen Studierenden gesprochen. Leider gab es einige, für die war nur wichtig, was in Sachsen passiert und ob sie Studiengebühren in ihrer Studienzeit noch erleben. Das hat mich wütend gemacht, denn es geht nicht um hier oder dort; nicht um jetzt oder später: Es geht nicht um das kleinere oder größere Übel.

Es geht darum, dass Bildung in diesen Fällen zur Ware verkommt. Es geht darum, dass solche Bildung die freie Studienwahl einschränkt. Und es geht darum, dass der viel beschworene demographische Wandel, die Überalterung der Gesellschaft durch solche Bildung gerade zu beschleunigt wird.

Schon heute bleibt eine Vielzahl der Akademikerinnen ohne Kinder. Die Gründe kennen wir: Wie erst wird eine Frau mit einem Schuldenberg und dem Wissen darum, dass sie immer noch weniger Chancen als Männer und ein geringeres Einkommen trotz gleicher Qualifikation hat und super mobil auf dem Arbeitsmarkt sein soll, sich wohl entscheiden?

Studiengebühren wirken nicht nur heute sondern auch morgen und übermorgen, sie wirken nicht nur in dem Land, in dem sie erhoben werden, sie wirken im gesamten Bundesgebiet. Sie führen zu geistiger und kultureller und sozialer Verarmung.



Foto: efa

Rechnung von links

MdL Ronald Weckesser im Interview zum nächsten Staats- und alternativen Haushalt für Sachsen

Der erste alternative Haushalts-Entwurf der Fraktion im Jahr 2000 stand unter der Überschrift „Schuldenfreier Sozialismus“ und bewies, dass sich auch im Rahmen des vorgelegten Haushalts andere, unserer Programmatik verpflichtete Akzente setzen lassen. Im zweiten Entwurf 2002 bewiesen wir, dass wir das bis zum Ende rechnen konnten: „Bildung statt Beton“...

Letztes Kriterium der Wahrheit ist bekanntermaßen die Praxis, und noch haben uns die Wähler in Sachsen diese Chance nicht eingeräumt. Aber schon unser erster derartiger Anlauf forderte „Bildung statt Beton!“, lange vor PISA. So wie heute alle Parteien. Darauf bin ich stolz. Daß er - aus Vermarktungsgründen - reißerisch einen „Schuldenfreien Sozialismus“ verhiß, war von Beginn an Quatsch, von „Sozialismus“ war nie die Rede. Es hat aber medial funktioniert. Und mir übrigens schon damals innerparteilich den Ruf eines „Pateirechten“ und „Neoliberalen“ eingetragen.

Die Idee einer „Umschichtung neuer Art“, der „Erwirtschaftung von Effizienzerträgen“ sozusagen, um schon mit der Haushaltsaufstellung, aber auch im Zuge der laufenden Haushaltsbewirtschaftung einen alternativen politischen Ansatz nicht nur verbal zu beschwören, sondern anhand von Haushaltszahlen auch praktisch zu demonstrieren, kommt bei „Linken“ leicht in den Verdacht von Prinzipienlosigkeit, Opportunismus, gar Verrat.

Inzwischen bekennen auch wir uns überwiegend zu sinkender Neuverschuldung und wissen, dass Volumenerhöhung nicht in Aussicht steht. Dennoch macht die Fraktion Gesetzentwürfe, die ihrerseits Kosten im dreistelligen Millionenbereich zur Folge haben. Aber nicht als einmalige Investitionen, sondern als Jahr um Jahr anfallende, dauerhafte Zahlungsverpflichtungen. Allerdings politisch gewünschte.

Auch für Linke gilt offensichtlich die Gesetzmäßigkeit, dass politische Körperschaften in ihrer jeweiligen Gegenwart gesichert steigende Ausgaben produzieren, in der Hoffnung, dass sich das

künftig auszahlen wird. Der Weg zur Hölle ist eben immer mit guten Vorsätzen gepflastert.

Und du lädst uns zum vierten Mal auf den steinigere Weg ein. Womit wird die Version 4.0 des Alternativen Haushalts vor allem rechnen müssen?

Die konkreten Daten und Umstände ändern sich von Haushalt zu Haushalt. Beispiele:

- Die Eichelschen UMTS-Milliarden sind längst vergessen.
- Seit 2005 gilt der Solidarpakt II, mit seinen bis 2020 auf Null sinkenden Zuweisungen.
- Der ungebremste und finanziell unkompensierter Bevölkerungsrückgang beschert uns weitere Einnahmeverluste von rund 2.500 Euro pro Jahr und Kopf.
- Sollte sich Berlin mit seiner Haushaltnotlageklage im Herbst beim Bundesverfassungsgericht durchsetzen, wird es gleich gar nicht besser für Sachsen. Die in Berlin fehlenden 30 Milliarden müssten von der Ländergesamtheit und dem Bund aufgebracht werden. Aber Geld vermehrt sich nicht dadurch, dass es anders aufgeteilt wird.

Doch auch beim Arbeitskreis Steuerschätzung gibt es einen Paradigmenwechsel, er hat erstmalig seiner Mai-Prognose nicht die alte Rechtslage zugrundegelegt, sondern die Mehrwertsteuererhöhung bereits vor der – freilich absehbaren und mittlerweile vollzogenen – Beschlussfassung eingerechnet! Schon das verschärft den Verteilungskampf. Die Linkspartei beharrt dagegen „symbolisch“ darauf, daß sie diese Steuererhöhung ablehnt, mithin dieses Geld „nicht will“! Trotzdem wird es wohl da sein, „Neoliberalismus“ her oder hin.

Ich hörte mal, dass überhaupt nur 15 Prozent der Finanzmasse für den Haushalt disponibel sind. Kann man bei diesen Verhältnissen echte Alternativen aufzeigen?

Das ist zu optimistisch! Bestenfalls 5 Prozent des Haushaltsvolumens sind nicht gebunden. Das macht ja unsere Aufgabe so kompliziert, aber auch wichtig! Was fangen wir zunächst einmal mit diesen Mitteln an? Und zu Lasten welcher Bereiche wollen wir, zweitens, diesen Anteil erhöhen? Welche Lösungen haben wir für die Folgen des demographischen Wandels? Wie sehen mögliche Personaleinsparungen aus? „Bei Lehrern nicht!“, „nicht in den öffentlichen Verwaltungen“, also auch „nicht so eine Verwaltungsreform“ oder „schon gar nicht bei der Polizei“ usw., das klingt alles gut, geht jedoch schon rechnerisch nicht auf, und, niemand nimmt es uns ab. Drei Viertel der Menschen halten Sparpolitik für unumgänglich. Nur 5 Prozent, also weniger als uns gewählt haben, halten sie für falsch! Eine solche Politik versperrt den Weg zu strategischer Mehrheitsfähigkeit. Sei es allein, sei es in Koalitionen.

Wenn man unter realen Bedingungen keine Alternativen aufzeigen kann oder will, ist man in der praktischen Politik fehl am Platz. Schon als Opposition, doch erst recht als zweitgrößte, künftig regieren wollende politische Kraft!

Und zuletzt: Wieviel Brücken, Straßen, Tunnel, Verkehr - mehr als heute, das ist doch die Frage! - braucht eine abnehmende und alternde Bevöl-

kerung wirklich? Und wieviel kann und will sie bezahlen, kurzfristig als Investition und langfristig als laufenden Unterhalt? Darüber sollten wir reden, statt über prozentuale „Verschmälerung“ oder „Verkürzung“.

Ein Haupt-Diskussionspunkt zu Haushalten ist die allseitig-gegenseitige Warnung vor Neuverschuldung. Und trotz aller Sparsamkeit und unsozialer Sparprogramme wächst die Verschuldung auf allen Ebenen immer weiter.

Diese aufgeregte Neuverschuldungsdebatte ist tatsächlich zum Kalauer verkommen, mit solch unsinnigen Warnungen, wie der „Ungerechtigkeit den Enkeln gegenüber“. Auch der „schuldenfreie Sozialismus“ spielte natürlich mit diesem Bild.

Doch das platte Gegenteil, dass schließlich die kreditfinanzierten Leistungen ebenfalls mit vererbt würden, macht die Angelegenheit auch nicht richtiger. Was wissen wir schon, welche Bedürfnisse „künftige Generationen“ haben werden? Wollen sie die Brücken und Tunnel, die wir heute bauen überhaupt? Was sagen beispielsweise künftige Dresdner Generationen dazu, Schulden zu erben und bedienen zu müssen, als „Gegenwert“ dafür jedoch eine Brücke zu bekommen, die sie vielleicht nicht benötigen?

Sollten wir, als Generation gedacht, nicht lieber nur in dem Umfang „borgen“, den wir auch selber refinanzieren können? Wie schnell sich sicher geglaubte Rechnungen „drehen“ können, hat 1989 gezeigt. Massenhaft, bis dahin sinnvollen und mit enormem gesellschaftlichem Aufwand gebauten Wohnungen fehlen heute die Bewohner. Und so ist es heute eine sinnvolle Investition, sie mit vergleichbar enormem gesellschaftlichem Aufwand wieder zu beseitigen.

Die heutige gesamtgesellschaftliche Verschuldung ist in diesem Lichte betrachtet eben nicht mehr beherrschbar. Schon deshalb tendiere ich zu vorsichtiger Haushaltspolitik.

Die doch aber nicht zwangsläufig unsozial sparsam sein muss...?

Ein spannendes Stichwort übrigens, „unsoziale Sparpolitik“. Wie könnte denn, im Gegensatz dazu eine „soziale Sparpolitik“ beschaffen sein? Klar, „zu Lasten der Reichen“. Je weiter weg und je anonym, desto besser.

Zum Beispiel anglo-amerikanische Hedgefonds, besser bekannt als „Heuschrecken“! Geht man näher ran, wird es schon problematischer. Dann erblickt man wiederum ein armes altes Mütterchen, mit seinem „vom Munde abgesparten“ kleinen Häuschen. Oder bei den Renten- und Pensionsansprüchen, die ja auch materiell gesichert werden müssen. Oder bei den jährlichen Zinseinkünften, mit denen selbst „nicht besser Verdienende“ in aller Regel ihren Jahresurlaub finanzieren.

Nein, den Folgen verfehlter früherer - auch eigener - Politik kann man sich nur scheinbar entziehen. Früher oder später, so oder so, werden sie auch immer bezahlt. Von der ganzen Gesellschaft und sei es über Inflation. Was besonders empfindlich die Schwachen trifft.

Sicher können wir uns „nicht schuldig“ bekennen und folglich auch die Verantwortung von uns weisen. Doch bezahlt werden muss trotzdem. Wir sollten also lieber den Ehrgeiz entwickeln, die Probleme zu lösen.

Wenn wir richtig sagen, unser Alternativer Haushalt ist auf die Formel „Bildung statt Beton“ zu bringen. Meint dann der Haushaltsentwurf der Koalition „Beton statt Bildung“? Und dann ist es meistens so, dass es zu einer Variante meist mehrere Alternativen gibt. Warum ist a) unsere die richtige und b) legt die Koalition dem Parlament und dem von ihm vertretenen Volk nicht zumindest zwei alternative Entwürfe vor?

Zum einen kenne ich den Regierungsentwurf noch nicht, er wird erst im Sommer vorgelegt. Zweitens würde die Koalition eine solche Einschätzung empört zurückweisen. Aber heute, spätestens seit dem PISA-Schock, haben alle Parteien die Formel „Bildung statt Beton“ im Gepäck, heute macht sich über unsere Überlegungen zur Neudefinition des Investitionsbegriffs keiner mehr lustig: Böhmer fordert sie laut, Alt-Haus ebenso und Milbradt kann sich immerhin darauf berufen, schon lange vor seinen Amtsbrüdern sparsam gewirtschaftet zu haben. Insofern steht er selbst mit ähnlichen Überlegungen in diese Richtung auf festerem Boden - nämlich außer Verdacht, unvernünftige Finanzpolitik nachträglich kaschieren zu müssen.

Ob unser Ansatz der „richtigere“ ist, weiß ich nicht, aber ich weiß, was wir wollen und dass ich nur das bereit bin, zu verantworten.

Was die Koalition betrifft, na ja, sie legt überhaupt keinen vor. Vorlageberechtigt ist laut Verfassung auch einzig die Regierung. Schon unser Alternativ-Ansatz ist insofern anmaßend. Aber er wirkt disziplinierend nach innen, zwingt uns zu komplex konzipierter Politik. Und er bewirkt nach außen, dass wir auch haushaltspolitisch als ambitionierte, ernst zu nehmende politische Kraft wahrgenommen werden.

Aber man braucht eben einen langen Atem. Und die innere Sicherheit, dass sich vernünftige Dinge letztlich doch durchsetzen.

Haushalt von links:

1. Wer in der Opposition behauptet, dass die herrschende Politik falsch und verantwortungslos ist, muss nachweisen, wo im Haushalt Finanzen für solche Dinge eingestellt sind. Die sind folglich zu streichen. Und schon hat man Mittel, um eigene Vorstellungen zu finanzieren.
2. Entgegen verbreiteter Auffassung ist das Haushaltsvolumen nicht „von der Staatsregierung vorgegeben“, nicht einmal vom Landtag zu beeinflussen. Man kann es seinen Rechnungen zu Grunde legen - oder eben nicht. Wie beispielsweise das Wetter.
3. Man kann auf Dauer nur soviel Geld ausgeben wie man einnimmt. Kreditaufnahmen, also zeitlich vorgezogene Einnahmen ändern daran nichts, wenn deren Nebenwirkungen - über längere Zeiträume zu leistender Kapitaldienst - in die Rechnung einbezogen werden - was solcherart erweiterte Spielräume gleich wieder einengt: Man erkaufte sich heutige Möglichkeiten durch Preisgabe künftiger. Und so haben auch längst vergangene Sünden ihren heutigen Preis. Ob einem das nun gefällt oder nicht.
4. Heutige Kreditaufnahmen und daraus finanzierte Ausgaben sind immer sichere Operationen. Die künftigen Refinanzierungen sind dagegen immer nur Erwartungen. Die eintreten können oder eben auch nicht.
5. Wenn man Haushaltspolitik seriös betreiben will, sollte man rechnen können. Der Dreisatz der Mathematik sowie die Exponentialrechnung gelten unbeschadet unterschiedlicher Ideologien oder politischer Mehrheiten.
6. Hält man - wie ich - langfristig zu erringende politische Glaubwürdigkeit für wichtiger, als kurzfristige Stimmenmaximierung, kommt man um solche Grundsätze nicht herum.



Foto: efa

Wie viele Lehrerstellen braucht das Land?

Jetzt, da die Landesregierung den Entwurf des Haushalts 2007/2008 vorbereitet, ist die Frage wieder einmal besonders interessant, und von der Antwort könnte einiges abhängen. In der Tat sind das Kultusministerium und die Regionalschulämter zur Zeit dabei, die dafür nötigen Zahlen zu erfassen.

Zwar ist damit noch lange nicht gesagt, dass die Stellenzahlen 2007/2008 entsprechend dem realen Bedarf geplant werden, aber immerhin eröffnet ein solches Vorgehen die Möglichkeit dazu. Das Ziel sollte sein, eine bestmögliche Bildung und Erziehung für unsere Kinder und Jugendlichen zu erreichen, und das Ergebnis muss im nationalen wie im internationalen Vergleich standhalten.

Vorschrift und Wirklichkeit

Zunächst muss beim Berechnen der benötigten Stellen vom Schulgesetz ausgegangen werden, von Verwaltungsvorschriften und von der verbindlichen Stundentafel, denn klar ist: Wenn Unterricht zu halten ist, braucht man dafür zu mindest eine Lehrerin oder einen Lehrer. Und wenn die Schüler nicht mehr in einen Klassenraum passen, dann braucht man zwei Klassenräume und zwei Lehrerinnen oder Lehrer!

Diese Selbstverständlichkeit muss Grundlage der Zählweise werden - zurzeit sieht es an unseren Schulen nicht danach aus.

So lässt das Sächsische Schulgesetz in der aktuellen Fassung Klassenstärken von bis zu 28 Schülern zu. Abgesehen davon, dass wir diese Zahl aus pädagogischer Sicht für zu hoch halten, ist die Realität ja schlimmer: Nach wie vor gibt es Klassen mit bis zu 32 Schülern!

Des Weiteren müssen die Stundentafel und geltende Verwaltungsvorschriften dazu berücksichtigt werden. Riesige Lücken zwischen Anspruch und Wirklichkeit kann man da finden. Fast die Regel, dass statt der vorgeschriebenen zwei Stunden Ethik oder Religion nur eine auf dem Wochenplan steht – angeblich wegen Lehrermangel.

Wie wäre es denn einmal mit Ehrlichkeit? Die Lehrerinnen und Lehrer sind da, und sie arbeiten überwiegend in Teilzeit, weil man sie nicht länger arbeiten lässt, indem die benötigten Stellen nicht ausgereicht werden!

Nun meinen wir, dass die Verhältnisse, die Stundentafel und die Verwaltungsvorschriften bei korrekter Umsetzung keineswegs das Bildungsparadies bedeuten würden, aber man muss und darf – mit geltendem Recht! – fordern: Wenigstens daran darf es keine Abstriche geben!

Statistik und die Kuh im Teich

Und diese Abstriche darf es auch nicht durch Ausfall geben. Die Regierung lässt zwar ständig Ausfallzahlen erfassen, verweigert aber aktuellen Auskünfte darüber: Erst nach dem Ende jedes Schulhalbjahres werden diese Zahlen veröffentlicht. Warum denn nur?

Aber auch dann wird man die richtigen Zahlen nachfragen und die richtigen Statistiken fordern

keiten können wir uns leisten? Es ist doch nicht die Frage, ob sich der Freistaat Sachsen Förderstunden nicht leisten kann, es ist doch eher die Frage, ob wir es uns leisten können, darauf zu verzichten!

Wie viele Weltkonzerne werden in zehn Jahren nach Sachsen kommen, und warum sollten sie das tun? Und auf der anderen Seite: Lehrerinnen und Lehrer, die diesen Bereich bedienen können, sind noch da; das sollte nicht vergessen werden.

Unzulässig ist es, in dieser Phase der Bedarfsplanung auf andere Bundesländer oder ausländische Schulsysteme zu verweisen, in denen es angeblich noch schlechtere Verhältnisse gibt, so wie das teilweise während der Tarifverhandlungen immer wieder vom Kultusministerium in die meinungsbildende Presse lanciert wurde.

Erstens stimmt die Vergleichsbasis in der Regel nicht. Es gibt schlicht und ergreifend nicht einmal national, geschweige denn international eine

Lehrer sind keine Sparschweine!



Foto: efa

müssen. So wie die berühmte Kuh im Teich ertrank, obwohl der im Durchschnitt nur einen Meter tief war, nützt die Statistik den Kindern nichts, wenn wochenlang der Unterricht im Fach Biologie ausfiel, und das bei einer landesweit niedrigen Prozentzahl. Dieser Aspekt gehört in eine richtige Stellenplanung.

Und dann wäre über den „Ergänzungsbereich“ zu reden, der heute nahezu flächendeckend entweder gar nicht oder nicht im von der Verwaltungsvorschrift geforderten Maße stattfindet. Klar kostet das Geld, und deshalb müssen Haushalte ja politisch gewichtet und geplant werden...

Ehrliche Schwerpunktsetzung!

Richtig wäre, den Bedarf realistisch zu ermitteln und entsprechend einzuplanen. Falsch, aber immerhin ehrlich, wäre es zu sagen: Wir wollen das nicht, die Millionen-Subventionierung von Weltkonzernen ist uns wichtiger, sonst schaffen die hier nicht 350 Arbeitsplätze. Aber wenn wir die Wahl haben: Welche der beiden Möglich-

Normierung, wie die entsprechenden Schüler und Stellen zu zählen sind – eine solche Einigung wäre übrigens auch alles andere als trivial!

Zweitens wird im eigenen Interesse ein wenig und manchmal auch ein wenig mehr geschummelt. Wir fordern zum Beispiel eine Abkehr von der bisherigen Zählweise, damit künftig bei der Berechnung der Schüler-Lehrer-Relation nur die Lehrer mitgezählt werden, die tatsächlich „Dienst am Schüler“ leisten, nicht aber die ins Ministerium oder in ein Regionalschulamt abgeordneten Lehrerinnen und Lehrer; nicht die in Altersteilzeit und auch nicht die im Erziehungsurlaub...

Und drittens brauchen wir solche Vergleiche mit Bundesländern, die angeblich noch schlechtere Bedingungen haben, auch deshalb nicht, weil es nicht unser Ziel ist, die offenbar schlechtesten Verhältnisse in Deutschland zu erreichen.

Cornelia Falken

Bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion.PDS im sächsischen Landtag

Mehr Braune, mehr rechtsextremistische Straftaten

Die bundesdeutsche Jahresstatistik weist für 2005 fast 30 Prozent mehr rechtsextremere Straftaten auf als für 2004. Insgesamt wurden 15.361 rechts motivierte Straftaten erfasst, wobei es einen auffälligen Anstieg an rechtsextremistischen Gewalttaten gibt. Und: Jeden Tag werden offiziell im Durchschnitt sieben politisch rechts motivierte Straftaten mit fremdenfeindlichen Hintergrund begangen - die reale Zahl liegt vermutlich weit höher. Laut Bundesamt für Verfassungsschutz ist die Zahl der Neonazis im vergangenen Jahr um 300 auf 4100 gestiegen, die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten erhöhte sich gegenüber 2004 von 10.000 auf 10.400. efa



Bautzen, Freital, Leipzig... Neonazis und der 1. Mai

Es hat sich geradezu zum Ritual entwickelt: Alle Jahre wieder sucht der Hamburger Neonazi Christian Worch Leipzig heim, jeweils zum 3. Oktober und am 1. Mai. Er will vom Mythos der „Heldenstadt“ profitieren. So wie 1989 die Demonstrierenden wesentlich zum Ende der DDR beigetragen haben, sollen jetzt Worchs marschierende Gefolgsleute für das Ende der Bundesrepublik sorgen. Der 3. Oktober, der „Tag der deutschen Einheit“, ist also ein folgerichtiges Datum. Und auch der 1. Mai ist mit Bedacht gewählt. Nicht nur wegen der historischen Bezüge mit dem Missbrauch dieses Tages durch den NS-Faschismus, sondern auch weil diese Neonazis in der sozialen Frage den Hebel zum Systemsturz sehen.

Alles wie immer!

Alles war also wie an jedem 1. Mai in Leipzig in diesem Jahr: Worch und seine Anhänger aus den so genannten Kameradschaften der Neonazis kamen, versuchten zu ihrem Ziel - dem alternativ-links geprägten Stadtteil Connewitz - zu marschieren und wurden unverrichteter Dinge wieder nach Hause geschickt, da sich ihnen - wie bei jedem Demonstrationsversuch von Neonazis in Leipzig - Tausende Bürgerinnen und Bürgern in den Weg stellten. Aber war wirklich alles wie immer an diesem 1. Mai? Nun, an Bürgern hatte es wahrlich nicht gefehlt. Rund 12.000 sollen es gewesen sein, die ihren Protest gegen Rechts zum Ausdruck bringen wollten. Und wie immer tat dies die überwältigende Mehrheit von ihnen friedlich. Und wie stets nutzte der Deutsche Gewerkschaftsbund seine traditionelle Kundgebung, um vor der braunen Gefahr zu warnen. Neu war leider ebenso nicht, dass es die politische Führung der Stadt an Entschlossenheit und Weitsicht mangeln ließ. Und ebenso war man es leider schon gewohnt, dass der Leipziger Polizeipräsident sich als Fehlbesetzung in diesem Amt erwies.

Alles wie immer?

Und doch war manches neu am 1. Mai 2006. Nicht nur, dass trotz einer verfehlten Polizeitaktik und einer jeder Realität Hohn spottenden angegebenen Zahl von 3.000 gewaltbereiten Demonstranten der Sachschaden mit 65.000 Euro erstaunlich gering blieb. Neu war auch, dass die Stadt Leipzig in erheblich geringerem Ausmaß als in den Vorjahren versuchte, den Nazis Steine in den Weg zu legen. Die Demonstrationstrecke nach Leipzig-Connewitz wurde ohne jedwede Einwände genehmigt; die Auflagen bewegten sich am unteren Level dessen, was bei derartigen Anlässen inzwischen Standard geworden ist. Und der neue Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) hielt sich bei seiner Rede beim DGB bezüglich der Nazis merklich mehr zurück, als dies sein Amtsvorgänger Tiefensee getan hatte.

Erfolgreiche Clausewitz-Taktik

Vor allem aber hatten die Nazis ihre Taktik geändert. Wir wissen nicht, ob sie den alten Militärstrategen Carl Clausewitz gelesen haben, auf jeden Fall hatten sie sich entschieden, nach dessen alter Taktik „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ vorzugehen. Das Kalkül war denkbar einfach: Man schaffe Logistik- und Kommunikationsprobleme bei den Gegnern, um selbst vielleicht - endlich einmal - zumindest mit einem Teil der Anhänger das ersehnte Ziel zu erreichen. Doch nicht einmal ein Teilerfolg sprang bei dieser Methode heraus. Vielmehr glich das Ergebnis der sprichwörtlichen Niederlage des Militärstrategen Napoleon, nämlich „Waterloo“. Ein Teil der Neonazis hatte sich, wie gewohnt, an der Ostseite des Hauptbahnhofs versammelt. Rund 200 Personen hatte ihr Anführer Steffen Hupka, ein ehemaliges Mitglied des NPD-Parteivorstandes, um sich versammelt, darunter die Führungsscrew der Delitzscher Neonazis. Dort, am Hauptbahnhof, blie-

ben sie dann auch, denn auf ihrer geplanten Wegstrecke hatte mehrere tausend Demonstrierende jegliches Vorankommen unmöglich gemacht. Die Suche nach einer Alternativstrecke dauerte den Anwesenden offenbar zu lange. Der Ausbruchversuch der Neonazis am Nachmittag, nach mehrstündigem Warten, war bereits nach einigen hundert Metern beendet. In kleinen Grüppchen wurden sie nunmehr zum Bahnhof zurück gebracht und in die Züge verfrachtet. Der anschließende Versuch, in Schkeuditz eine Ersatzdemonstration durchzuführen, scheiterte ebenso kläglich.

Ungeordneter Rückzug

Zu dieser Zeit war die zweite Kolonne mit rund 350 Neonazis unter Führung von Christian Worch seit etwa einer Stunde auf dem Weg. Die Taktik, die Gegner zu spalten, war bereits zu diesem Zeitpunkt gescheitert, da am geplanten Treffpunkt der beiden Naziblöcke, dem Bayerischen Bahnhof, erneut mehrere tausend Menschen den Weg versperrten. Größere Auseinandersetzungen hatte es bis zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Die begannen jedoch, nachdem auch Worch - weit entfernt von seinem Ziel - wieder umkehren musste und er so doch noch seine Demonstration durch die Innenstadt bekam. Der (Rück-)Weg zum Bahnhof wurde dabei durch die Polizei mit massivem Einsatz frei gemacht. Gegen 19 Uhr war der Spuk dann vorbei.

Nazis mit Mobilisierungsproblemen...

Worch konnte in diesem Jahr wesentlich weniger Gefolgsleute hinter sich scharen, als in den Jahren zuvor. 2005 waren es noch mehr als 800 gewesen, im Jahr der besten Beteiligung sogar über 2.000. Dieser Rückgang liegt m. E. nur zu einem Teil daran, dass Worch seinen „Unterführer“ mit wenig Gespür für die Stimmung ausge-

sucht hatte. Schließlich wird Hupka in den eigenen Reihen immer wieder beschuldigt, Gelder, die für den Ausbau eines Schlosses zum Zentrum für Neonazis gedacht waren, zur Renovierung des eigenen Hauses genutzt zu haben. Vor allem aber glauben offenkundig immer weniger Neonazis der Szene daran, dass Worch sein Ziel Connewitz jemals erreichen wird. Und die NPD macht darüber hinaus seit Jahren für ihre eigenen zentralen Mai-Veranstaltungen (in diesem Jahr in Rostock.) mobil.

... ziehen raus aufs Land

Aus dem (gewohnten) Scheitern Worchs erwächst der eigentliche neue Aspekt in der Strategie der Neonazis. Anstatt sich, wie sie es selbst ausdrückten, stundenlang sinnlos in Leipzig die Beine in den Bauch zu stehen, organisierten Neonazis in Sachsen eigenständig dezentrale Aktionen. Teilweise mit Unterstützung der lokalen NPD-Strukturen. So in Frei-

der sächsischen Linkspartei.PDS statt. Hinweisen, dass Nazis versuchen würden, die Veranstaltung zu stören, fanden sich bereits im Vorfeld im Internet. Was dann tatsächlich geschah, muss allerdings als neue Qualität gewertet werden. Die ostsächsischen Neonazis aus den „Kameradschaften“ hatten eine regelrecht „Demonstrationstournee“ ausgearbeitet, an der sich rund 120 Personen aus dem Umfeld des „Lausitzer Aktionsbündnisses“ beteiligten. Erstaunen mussten in diesem Fall vor allem die Hilf- und Konzeptionslosigkeit der Polizei. Gelang es zuvor in Bautzen zunächst noch, die Nazis mit Einsatzkräften zu stoppen, die zur offiziellen Mai-Veranstaltung vordringen wollten, fehlten die Beamten auf den nächsten Stationen – in Niesky und eben in Hoyerswerda – fast völlig. Immerhin wurde in „Hoywoy“, nachdem ein Lautsprecher der Linkspartei zerstört worden war, die Personalien aller Neonazis aufgenommen. Rund 40 von ihnen kamen übrigens aus der Stadt selbst.

Mitdenken, Mithandeln, Mitziehen

Die demokratischen Kräfte werden sich also aller Voraussicht nach auf einen Strategiewechsel der Neonazis einstellen müssen. Es geht wohl nicht mehr um wenige zentrale Veranstaltungen zu herausgehobenen Daten, sondern um „multiple Nadelstiche“, bei denen die „Gegenmobilisierung“ wesentlich schwieriger zu bewerkstelligen sein wird. Das Streben mancher Kommunalpolitiker, den eigenen Ort aus Negativschlagzeilen herauszuhalten, dürfte dieses Problem noch verschärfen. Es werden also neue Formen der Bündnisarbeit ebenso notwendig sein wie eigene neue Aktionsformen. Phantasie ist gefragt, Kontinuität der antifaschistischen Arbeit vor Ort ist notwendig. Niemand wird bei dieser Taktik mehr davon ausgehen können, dass der eigene Kreis, die eigene Stadt verschont bleiben wird, weil man - nach den offiziellen Aussagen - kein Schwerpunktgebiet der extremen Rechten sei.

Also alles neu nach dem 1. Mai 2006? Nein, keineswegs. Es bleibt bei der Gültigkeit der Leipziger Erkenntnis, dass man Nazis mit entschlossenem und fantasievollem Widerstand stoppen kann. Es bleibt bei der Erkenntnis, dass antifaschistische Arbeit tagtägliche Aufgabe ist. In diesem Jahr war Leipzig das Waterloo der Neonazis. Vielleicht liegt Waterloo im nächsten Jahr ja in Freital, Bautzen, Niesky, Hoyerswerda...

MdL Kerstin Köditz, Sprecherin für antifaschistische Politik der Linksfraction.PDS

Fotos: Marcel Gürnth



tal. Ohne öffentliche Mobilisierung und ermöglicht durch die Totschweigetaktilik des Landrates marschierten dort rund 80 Neonazis auf. Allerdings nicht ohne Widerstand. Die Linkspartei vor Ort zeigte geradezu mustergültig, dass man auch innerhalb kürzester Zeit effektiv Zeichen setzen kann. Der lautstarke Protest der rund 30 Gegner tat offenbar weh - der örtliche Landtagsabgeordnete Falk Neubert wurde deshalb umgehend zum „antifaschistischen Kleingeist der PDS“ ernannt. Nachdenklich machen sollte uns allerdings der Umstand, dass zwar alle demokratischen Parteien im Stadtrat von Freital unlängst einer gemeinsamen Erklärung gegen die extreme Rechte zugestimmt hatten, weder Bürgermeister noch Mitglieder anderer Stadtratsfraktionen sich Anfang Mai jedoch veranlasst sahen, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

Bautzen-Niesky-Hoyerswerda

Deutlich komplizierter gestaltete sich die Situation am 1. Mai in der Oberlausitz. Traditionell findet in Hoyerswerda die zentrale Maifeier



Sieg der Vernunft:

Kein NPD-Bürgermeister für Reinhardtsdorf-Schöna

Der Kelch ist an den Menschen in Reinhardtsdorf-Schöna vorbei gegangen. Noch im April musste die nahe der tschechischen Grenze gelegene 1.600-Seelen-Gemeinde befürchten, künftig vom ersten NPD-Bürgermeister Deutschlands regiert zu werden (vgl. pvl 3-4/2006). Nicht zuletzt dem Engagement der Linken vor Ort sowie der Linksfractionen im Kreis- und Landtag war es zu verdanken, dass die Neonazis trotz erschreckender lokaler Sympathie einiger ewig Gestriger gar nicht erst zum Zuge kam.

Mit großer Mehrheit gewählt wurde schließlich Olaf Ehrlich, ein in der Kommunalpolitik erfahrener Mann, der sich zudem von Anfang an deutlich von Neonazis distanziert hatte.

Zu den ersten Gratulanten gehörte Dr. André Hahn, der Abgeordnete für die Sächsische Schweiz: „Es war richtig, dass gerade wir der NPD nicht das Feld überlassen, sondern uns aktiv in den Meinungsbildungsprozess eingeschaltet habe“, resümierte er, denn die Linken waren die einzigen, die als Partei in Reinhardtsdorf ein öffentliches Bürgerforum zur Eigenständigkeit der Gemeinde durchgeführt und den Bürgern Argumentationshilfen in die Hand gegeben haben. Darüber hinaus hat die Linkspartei. PDS zeitig erklärt, dass sie keinen eigenen Kandidaten aufstellen und die Bewerbung von Olaf Ehrlich unterstützen wird.

„Nun sollten alle demokratischen Parteien den neuen Bürgermeister in seiner Arbeit unterstüt-

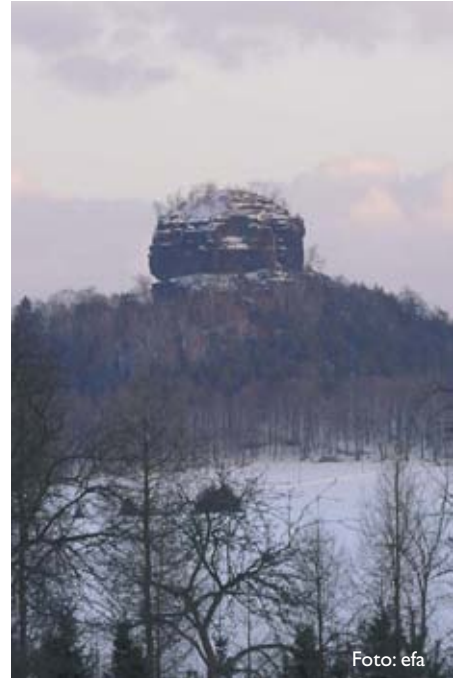


Foto: efa

zen“, fordert André Hahn: „Dies gilt nicht zuletzt für die CDU, die durch ihr dilettantisches und von Parteiegoismus geprägtes Vorgehen - siehe die Versuche einer Eingemeindung nach Bad Schandau sowie die angekündigte Kandidatur von Bad Schandaus Ex-Bürgermeister - maßgeblich dazu beitragen hatte, die ohnehin schwierige Situation in Reinhardtsdorf-Schöna noch weiter zu verschärfen.“

efa



Foto: efa

„Kurze Wege für kurze Beine“ jetzt erst recht!

Anfang April startete der Verein „Zukunft braucht Schule“ eine Initiative für einen Volksantrag gegen weitere Schulschließungen und für die Stabilisierung des Sächsischen Schulnetzes.

Über den von der Linksfraction.PDS unterstützten Volksantrag soll erreicht werden, dass Sachsens Schülerinnen und Schüler künftig in zahlenmäßig kleineren Klassen lernen, dass es wieder mehr wohnortnahe Schulen gibt und somit die Schulwege kürzer werden. (vgl. auch pvl 1-2/2006 und 3-4/2006).

40.000 Unterschriften braucht es, um einen Volksantrag zu erzwingen - und so wurden umgehend Unterschriftenlisten gedruckt und verteilt. Eltern, Lehrer und Sympathisanten machten sich voller Enthusiasmus auf, um sachsenweit für ihr Anliegen zu werben.

Es ließ sich gut an - doch dann kam der erste Dämpfer: Einige Gemeinden wollten die Listen samt Unterschriften aufgrund von Formfehlern nicht beglaubigen! Wie es hieß, entsprächen die Blätter nicht mehr den geänderten Vorgaben der entsprechenden Verwaltungsvorschrift.



Foto: efa

Unter lautem Wiehern des Amtsschimmels ließ der Verein kurzfristig neue Listen drucken und verteilte diese erstmals zum 24. Schulinitiativentreffen in Dresden.

Die bisher gesammelten Unterschriften will der Verein dennoch einreichen und man ist optimistisch, dass bis Ende Juni 40.000 Unterschriften für einen Volksantrag zusammenkommen und noch vor Schuljahresschluss an den Landtagspräsidenten übergeben werden können.

Die Devise lautet: Kurze Wege für kurze Beine: Jetzt erst recht!

efa

Unterschriftenlisten für den Volksantrag

„Kurze Wege für kurze Beine“ können unter www.zukunftbrauchtchule.de heruntergeladen werden. Man kann die Listen aber auch per E-Mail unter info@zukunftbrauchtchule.de bzw. telefonisch (0177/8878524 oder 0177/4053669) abfordern. Darüber hinaus liegen die Listen i.d.R. in den Bürgerbüros der Abgeordneten der Linksfraction.PDS aus (Übersicht: www.pds-fraktion-sachsen.de).

Besonders Kreis- und Schulelternsprecher, vor allem in/an den Kreisen/Schulen, wo ein Mitwirkungszug des Kultusministeriums ausgesprochen wurde, sind herzlich eingeladen, sich bei der Unterschriftensammlung einzubringen. Zu beachten ist, dass Einwohner ein- und desselben Ortes sich auf demselben Bogen eintragen müssen. Ausgefüllte und von Meldeämtern bestätigte Bögen können an MdL Andrea Roth (Landtag Dresden oder Abgeordnetenbüro Plauen) oder an den Verein „Zukunft braucht Schule“ weitergegeben werden.

efa



Kaum war das Frühjahr eingezogen, brandete auch im Café Scholz mehr als nur Polit-Geschnatter auf - und bei Latte Macchiato und Omas Rührkuchen (nach Dresdner Mundart: Bäbe) wurde munter über **Vögel, Versprecher, Volltreffer und Vegetarier** sinniert.

Es war gerade Mitte März, als im Sächsischen Landtag eine ausnahmsweise recht unterhaltensame Redeschlacht tobte. Kein Wunder, hieß das Debatten-Thema doch „Geflügelpest“. Und so wurden Abgeordnete wie Besucher Zeuge gleichsam lyrischer wie liebevoller **Vogel**-Bekanntnisse:

Dr. Liane Deicke (SPD) eröffnete den Reigen mit gehaltvoller Prosa und dem bedeutungsschwangeren Satz: „**Die Vogelgrippe ist eine Vogelgrippe. Deshalb heißt sie auch Vogelgrippe.**“ Ui ui ui! Dachte man nun, denn das würde kaum zu toppen sein...

Höchstens vom Koalitionspartner CDU - und der schickte sogleich Allzweckwaffe Andreas Heinz in die Bütt, und dieser legte sensationell nach: „**Die Rassegeflügelzucht hat auch in Sachsen eine sehr lange Tradition. ... und man kann ...feststellen, dass hier noch zahlreiche vom Aussterben bedrohte Haustierrassen gehalten werden. Wir finden so den einzigen Bestand von follenfarbigen Landenten in Deutschland, finden**

ebenfalls blaugelbe Landenten und Annaberger Haubenstruppshühner. ... Wir finden Deutsche Reichshühner. Davon gibt es ungefähr 30 Stück in Deutschland. Es gibt Sachsenhühner, die ebenfalls in verschiedenen Farbschlägen nur noch selten vorkommen, bis hin zu Vogtländern.“

Kommentar. Wir sind tief beeindruckt und schweigen ...



Das Deutsche Reichshuhn erobert den Sächsischen Landtag.

Sigmund Freud, der Begründer der Psychoanalyse, wäre - hätte er gekonnt - am 6. Mai 2006 stolze 150 Jahre alt geworden. Ihm zu Ehren lieferte Dresdens Finanzbürgermeister kürzlich einen astreinen Freudschen **Versprecher** ab. Bühne dafür war eine hochkarätige Expertenanhörung der Linksfraktion.PDS zur Bedeutung kommunalen Eigentums (Woba-Verkauf!). Unter den geladenen Sachverständigen war auch besagter Finanzbürgermeister der nunmehr ohne Wohneigentum, aber (vielleicht?) entschuldigt dastehenden Landeshauptstadt. Hartmut Vorjohann ist Christdemokrat und bedanke sich wohl auch deshalb zu Beginn der Veranstaltung formvollendet für die Einla-

dung der politischen Rivalen und verwies dabei darauf, dass er sich besonders darüber freue, „**dass sie (die Linke, d. Red.) da gar keine Berührungspunkte**“ habe ... Damit hatte der CDU-Mann, der eigentlich von Ängsten hatte sprechen wollen, die Lacher auf seiner Seite und eindrucksvoll untermauert, dass Freud immer wieder für ein Späßchen gut ist.



Freuds Ödipus ermordet die Sphinx.

Tusch! Hiermit wird offiziell verkündet, dass der Sächsischen Landtag kürzlich eine längst überfällige Premiere feiern konnte: Zum ersten Mal seit über zehn Jahren wurde einem Antrag der Linksfraktion.PDS zugestimmt! Der Antrag (Nr. 4/4282) mit dem klangvollen Namen „**Konsequenzen aus dem Versagen der Rechtsaufsicht bei der Kontrolle der Zuweisungspraxis der LVA Sachsen von Reha-Patienten an Kliniken**“ zur schnellen und lückenlosen Aufklärung der Ungereimtheiten und Korruptionsvorwürfe rund um die frühere Landesversicherungsanstalt Sachsen (LVA), fand historisch bedeutsam eine fraktionsübergreifende Zustimmung. Das war ein **Volltreffer**, meint „pvl“ und gratuliert. **efa**

Rettung für Jatropha podagrica!



Fotos: efa

Wir sind stolz auf uns! Die pvl als Retter - das hat doch was! Aber der Reihe nach. Zu Jahresbeginn hatten wir der pvl ein neues Design verpasst - von nun an in frischem Blau und schick in Lese-Rubriken untergliedert. Darunter auch die Rubrik „Das Letzte“ - immer auf Seite 32 und immer gaaanz hinten. Blöd nur, dass MdL Caren Lay auf dem Rubrikzeichen ihre arg ver-

nachlässigte Büro-pflanze wiedererkannte, die sie als überzeugte **Vegetarierin** bisher vor allem bewahrte: Wasser, Sonne, Dünger, Zuspriechung. Nach kurzer Beschwerde entschloss sie sich nun aber dazu, einen Grünen Daumen zu entwickeln. So bekam Jatropha podagrica (auch: Rhabarber von Guatemala genannt) ab sofort viel Licht und regelmäßig Wasser - und siehe da,

es regte sich nicht nur zartes Grün, nein! selbst eine (wenn auch mickrige) Blüte zierte das ungewöhnliche Gewächs. Auch wenn unser Rubrik-Motiv nun nicht mehr ist, können wir uns dennoch dem schönen Gefühl hingeben, der dickfüßigen und leichtblütigen Pflanze aus der Familie der Euphorbiaceae (Herkunft: Mittelamerika) geholfen zu haben. Wir danken uns!



Měřitko němskeje politiky čłowjeskich prawow leži tež we Łužicy

Zwjazkowa republika Němska bu do Rady čłowjeskich prawow UN wuzwolena. K tomu měni serbski zapósłanc Sakskeho krajneho sejma Hajko Kozel (Frakcija lěwicy/PDS), zo ma wot zwjazkoweho knježerstwa slubjene zasadźenje za po možnosćach wěryhódne a efektiwne dźěło rady čłowjeskich prawow wězo za wuměňjenje tež sprawny a efektiwny škit čłowjeskich prawow w swójskim kraju. Dokelž su mjeńšinowe prawa dźěl čłowjeskich prawow, plaći to so wě tež za prawa etniskich a kulturnych mjeńšinow. Tohodla škodźi jara wěryhódności němskeje politiky čłowjeskich prawow, hdyž so w Sakskej mała serbska šulska syć z předwidzanim zawrjenjom serbskeje srjedźneje šule w Pančicach-Kukowje dale rozwjazuje a serbske wsy w regionje wokolo Slepoho a w Łakomje ze statnej dowolnosću hospodarskim zajimam priwatnych koncemow woporuja.

Wo wěryhódności angažementa Zwjazkoweje republiki Němskeje po wšěm swěće so pak mjez druhim tež we Łužicy rozsudži. Hač dotal z tym pře derje njewupada.

Štóz chce do wěryhódnoće a sprawnosće němskeje politiky čłowjeskich prawow wěric, mět to tež we Łužicy měric.

Wotmołwa na prašenje Što budže ze srjedźnej šulu w Pančicach-Kukowje?

Na posedźenju Sakskeho krajneho sejma chcyše Hajko Kozel wot kultusowego ministra wědžeć, kak widži jeho ministerstwo přichod Pančičansko-Kukowskeje serbskeje srjedźneje šule: Kak hódnoći statne knježerstwo wobkedźbujto rozsud Wyšeho zarjadniskeho sudnistwa (OVG) wo Serbskej srjedźnej šuli Radwor zawrjenje šule w Pančicach-Kukowje?

Minister Flath: Zběhńenje Serbskeje srjedźneje šule Pančicy-Kukow je po prawje a ma nimo toho jako rozsud wobstatk z dnja 27. meje 2005

Kak myslí sej statne knježerstwo na masiwne protesty we wukraju, mjez druhim wot 60 zapósłancow Pólskeho sejma, přečiwo zawrjenju Pančičansko-Kukowskeje serbskeje srjedźneje šule reagować?

Minister Flath: Ze stron Sakskeho statneho ministerstwa za kultus so petenća wo pozadkach a třebnosćach rozsuda informuja.

Zapósłanc Hajko Kozel doda, zo je tale wotmołwa, byrnjež po słowach krótka była, wjeleprajaca a zawěšće we wukraju, ale tež w Serbach swój wotpowědny komentar nadeńdže, wěrypodobnje nic na dobro Sakskeje.

Přečiwo prawicarjam we Łužicy

Třeća parlamentariska snědań, na kotruž zapósłanc Hajko Kozel měsačnje přepróšuje, bě z aktualneje přičiny prawicarstwu w Sakskej wěnowana. W Budyšinje chcychu dźe so spočatk apryla prawicarjo na demonstraciju po měsće zhromadźić a jich pochod po měsće chcychu tež nimo Serbskeho domu wjesć. Přičiny dosć, so za tym prašeć, kak wupada z rozšěrjenjom prawicarstwa w Hornjej Łužicy.

Brune cwołby su so dźe hižo wospjet w regionje zjewili. Dnja 1. měrca 2003 je po wšej Němskej so wotměwaca akcija Młodych Němcow (JD) w Budyšinje pod heslom „Łužica wostanje němska“ wustupiła. W wustup neonacijow na tutym dnju njebě k přenjomu razej so wotměwaca demonstracija.

W měrcu 2005 su so k wospjetnemu razej w Budyskim wokřesu prawicarske, wosebje přečiwo Serbam so měřjace šmórnanja na čakarnjach a pućownikach zjewili. Při tym

To wšo je so stało nimo politiskich akcijow NPD, strony, kotraž namaka bohužel na zaštych wólbach w někotrych kónčinach Hornjeje Łužicy wjele wolerjow. NPD žada sej rewiziju pólsko-němskeje hranicy. Po jich woli měli so Šleska, wuchodna Pomorska a wuchodna Pruska zaso do so wozrodźaceho rajcha zarjadować. W strowskim programje NPD so praji: „My žadamy sej rewiziju po wójnje wotzamknjenych zrěčenjow připóznawanja hranicow...“ Runje tak ma rewiziju stawiznosnisa wo fašistiskim času za zaměr. Historiska wina skućicelow – fašistow, wójske złoštnistwa SS a wehrmachty kaž tež druhich přiwisnikow fašizma měli so w dalokej měrje negować a tam, hdžež fakty same za sebje rěča, z němskimi woporami Druheje swětoweje wójny wurunać.

Kaž je widžeć, je Hornja Łužica wot brunakow wohrožena, a Serbja wuraznje.

Lěwa frakcija. PDS w Sakskim krajnym sejmje



Symbolisce kaž škitna murja zestupachu so wobdźělnicy parlamentariskeje snědanje před Serbskim domom. To bě jich signal přečiwo planowanemu pochodej neofašistow w Budyšinje

jednaše so wo rzy antiserbske ščuwanja. W oktobru lěta 2003 bu w Budyšinje młody Serb, dokelž serbowaše, čelnje nadběhowany.

Nawodny prawicar 90-tych lět Christian Worch hižo před 15 lětami přeradži, z kotrymi akcijemi měli prawicarjo we wuchodnej Němskej wustupować: z akcijemi na židowskich pohřebnišćach, z akcijemi přečiwo Serbam, z propagandu přečiwo pólsko-němskej hranicy. Mjez 1990 a 2004 wotměwachu so w Hornjej Łužicy wjacore koncerty prawicarskeje hudźby: w juliju 1995 we Wojerecach, w awgusće, oktobru a nowembru 1996 w Mikowje, w meji 2004 w Załomju nad Sprjewju a w juniju 2004 w Lětonju. Spěwarjo z prawicarskeje orientaciju kaž Frank Rennieke koncertowachu w měrcu 2004 w Hodźiju, w oktobru 2001 w Dobruš-Huskej, w meji a w awgusće 2004 tež zaso w Mikowje. Mikow běše lěta zetkanišćo prawicarskoradikalnych w Hornjej Łužicy. A hakle lětsa dońdže na chodojtypalenju w Hodźiju k prowokaciji prawicarjow.

so wo to prócuje, zo by so antifašizm jako dalši statny cil do wustawy kraja zapisał. Z tym by městam a gmejnám jednorišo było, so přečiwo demonstracijam prawicarjow wobarać. Tajka čahańca kaž wokoło zakaza demonstracije w Budyšinje njeby hižo tak lóhce móžna była.

„Ze začehńenjom NPD do krajneho sejma staji so přichod Sakskeje jako swětawotewrjeny, moderny a civilizowany kraj do prašenja. Z tym so njewotnamakamy“, rěkaše we wozjewjenju prominentnych wobydlerjow Sakskeje, mjez nimi spisowaćel Jurij Brězan a jednaćel Domowiny Bjarnat Cyž.



Lausitz ist Prüfstein für Menschenrechts-Politik

Die Bundesrepublik Deutschland wurde in den Rat für Menschenrechte der UN gewählt. Dazu sagt der sorbische Abgeordnete der Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag, Heiko Kosel, dass der von der Bundesregierung versprochene Einsatz für Menschenrechte auch im eigenen Land gelten müsse. Deshalb schade es der Glaubwürdigkeit deutscher Menschenrechtspolitik, wenn in Sachsen das kleine sorbische Schulnetz mit der vorgesehenen Schließung der sorbischen Mittelschule Panschwitz-Kuckau weiter aufgelöst werde und sorbische Dörfer in der Region um Schleife und in Lakoma mit staatlicher Genehmigung wirtschaftlichen Interessen privater Konzerne geopfert und für die Braunkohle weggebaggert werden. Ein Prüfstein für die deutsche Menschenrechtspolitik liege daher auch in Zukunft in der Lausitz.

Antwort auf die Frage: Was wird mit der Mittelschule in Panschwitz-Kuckau?

Durch zwei Fragen des Abgeordneten Kosel (Linksfraktion.PDS) an Kultusminister Flath (CDU) war die Mittelschule Panschwitz-Kuckau Thema im Landtag. Kosel wollte wissen, welche Auswirkungen die Staatsregierung in der Entscheidung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts zugunsten der sorbischen Mittelschule Radibor auf die beabsichtigte Schließung der Schule in Panschwitz-Kuckau sieht. Flaths lapidare Antwort: Die Aufhebung der sorbischen Schule Panschwitz-Kuckau ist rechtens und hat als Entscheidung Bestand seit dem 27. Mai 2005.

Kosel wollte außerdem wissen, wie die Staatsregierung auf die massiven Proteste im Ausland, unter anderem von 60 polnischen Abgeordneten, gegen die Schließung der sorbischen Mittelschule Panschwitz-Kuckau reagieren werde. Flath: Von Seiten des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus werden die Petenten über Hintergründe und Notwendigkeiten der Entscheidung informiert.

Gegen Rechtsextremisten in der Lausitz

Das „parlamentarische Frühstück“, zu dem der Abgeordnete Heiko Kosel monatlich einlädt, war aus aktuellem Anlass dem Rechtsextremismus in Sachsen gewidmet. Denn in Bautzen wollten Anfang April die Nazis durch die Stadt und auch am Haus der Sorben vorbeimarschieren. Die braunen Horden sind schon mehrfach in der Region unangenehm aufgefallen. So stand am 1. März 2003 eine Aktion „Junger Deutscher“ in Bautzen unter dem Motto „Die Lausitz bleibt deutsch“. Im Oktober 2003 wurde ein junger Sorbe in der Stadt angegriffen, weil er sorbisch sprach. Im März 2005 tauchten antisorbische Schmiereien im Landkreis Bautzen auf.

Einer der führenden Neonazis, Christian Worch, hatte schon vor 15 Jahren verraten, wie Rechtsextremisten in Ostdeutschland vorgehen sollten: Mit Aktionen auf jüdischen Friedhöfen, mit Aktionen gegen die Sorben und mit Propaganda gegen die polnisch-deutsche Grenze. Zwischen 1990 und 2004 wurden in der Oberlausitz eine Reihe von rechten Konzerten an verschiedenen Orten veranstaltet. Mücka war Jahre lang Treffpunkt der Rechtsradikalen in der Oberlausitz. Die NPD errang in einigen Gemeinden der Lausitz besonders viele Stimmen, in ihrem Parteiprogramm heißt es: „Wir fordern eine Revision der nach dem Krieg abgeschlossenen Verträge zur Anerkennung der Grenzen.“



Burg Hohnstein. Die Linksfraktion

traf sich an historischer Stätte zu aktueller Arbeit.

Im vergangenen Jahr beging die Linksfraktion.PDS den 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus in der „Euthanasie“-Gedenkstätte Pigna-Sonnenstein. Das war ein Treffen der Übereinstimmung mit Antifaschisten, jüdischen Mitbürgern und ausländischen Freunden - den Medien keiner besonderen Beachtung wert. Dieses Jahr nun: der 61. Jahrestag und eine Fraktionssitzung in Burg Hohnstein in der Sächsischen Schweiz. Ein einfaches Ritual, könnte man meinen.

Aber weit gefehlt, und nur selten wurde ein Informationsbesuch der Fraktion ähnlich aufmerksam registriert. Der Hintergrund: Die ehemalige Jagd-, Verwaltungs- und Kerker-Burg böhmischer Adliger und der Wettiner, die Mitte der 20er Jahre Jugendherberge wurde, war 1933 bis 1934

eines der ersten und brutalsten Konzentrationslager der Nationalsozialisten. Während des Zweiten Weltkrieges diente sie als Gefangenenlager; und in der DDR war sie Jugendherberge und Gedenkstätte. Auf der sächsischen Gedenkstätten-Liste aber fehlt sie inzwischen, und dem Geschäftsführer des Familienferien- und Häuserwerks der NaturFreunde Deutschlands e.V. scheint die bewegte Geschichte der Immobilie ein Greuel zu sein

„Naturgenuss und Burgromantik“ offeriert der Einladungs-Flyer, „Konzerte, Puppenspielfest, Fasnacht und Kletterfeste...“ Und der „Museums-Flyer“ vermerkt:

„1933 missbrauchten die Nationalsozialisten die Burg als sogenanntes ‚Schutzhaftlager‘ für ca. 5600 politische Gefangene.

1935 wurde die Burg der Hitlerjugend als Reichsjugendherberge übergeben

1939 war sie Kriegsgefangenenlager und nach dem Zweiten Weltkrieg Unterkunft für Flüchtlinge und Vertriebene.

ab 1948 als eine der größten Jugendherbergen des nun geteilten Deutschlands, war sie Mittelpunkt jugendpolitischer Ereignisse im Bezirk Dresden.

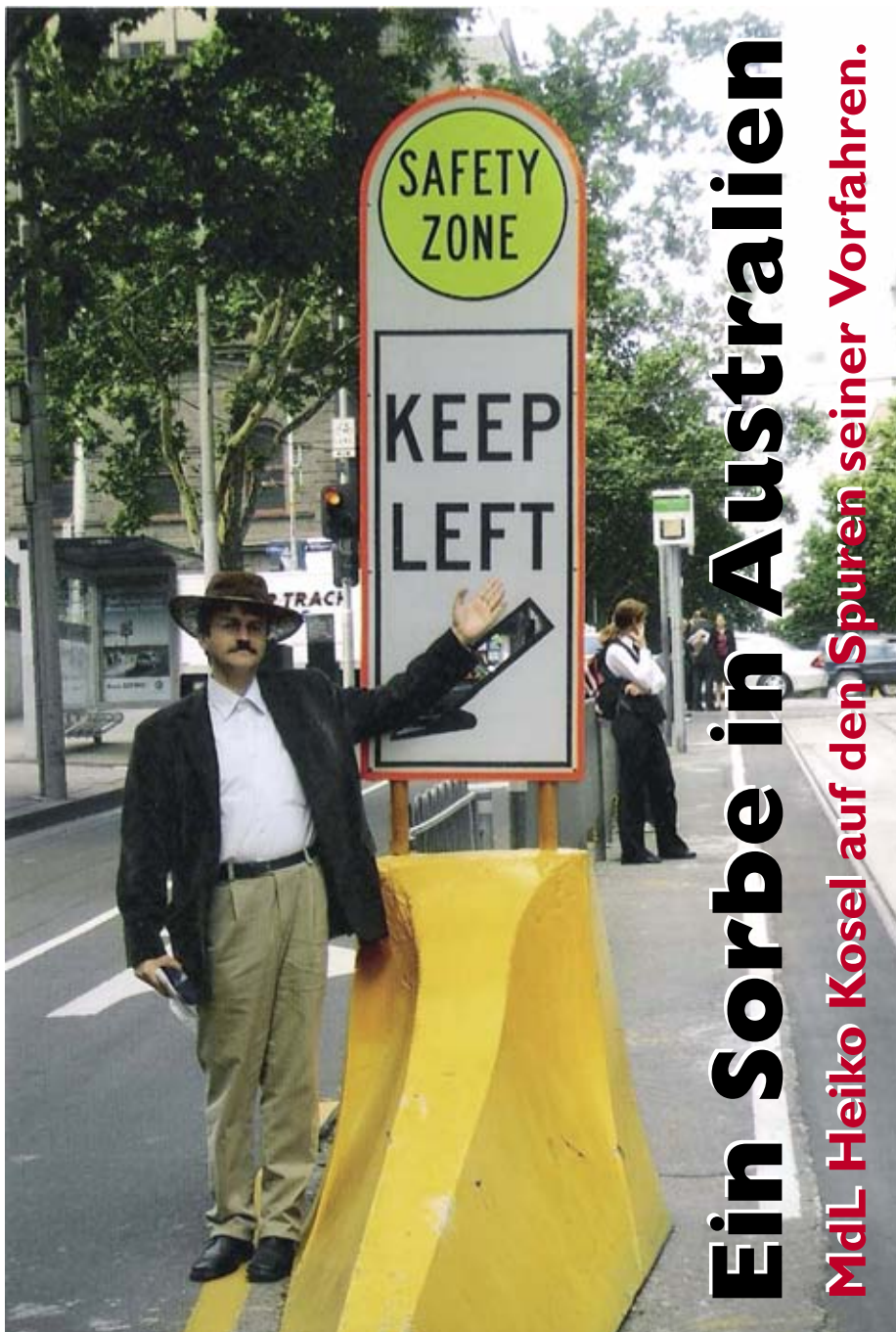
Zum Ende der SED-Herrschaft war hier ein Internierungslager für 890 Regimegegner geplant.“

Kein besonderer Makel

Merkwürdige Blüten treibt das Bemühen nach Vermarktung da bei einer Organisation, deren Satzung beginnt: „I. Die NaturFreunde sind als Umwelt-, Kultur- und Freizeitorganisation den Idealen des demokratischen Sozialismus verpflichtet.“ Das Foto einer in der Burg ausgestellten Wandzeitung einer vierten Klasse belegt, wie die Saat einer gedenken- und gedankenlosen Heimattümelei aufgeht.

Dabei ist der Widerspruch einer Bildungs- oder Ferienreise an einen Ort des Schreckens weder schwer nachvollziehbar noch neu. Das merkwürdige Gemisch von Burgromantik, Schreckensgeschichte und Jugendliebe habe ich noch aus meiner Schulzeit im Gedächtnis, habe ich mir eben gemerkt. Dieser Widerspruch ist nicht aufzuheben, und er ist nur um den Preis neofaschistischer Offensiven zu ignorieren: er ist nur auszuhalten. Und das ist in Deutschland nichts, was nur die Burg Hohnstein betrifft. „Was für ein schönes Land hätten wir, wenn wir es nur hätten“, schrieb Brecht im Exil: nicht als Klage gegen die Rohheit, sondern als Anklage gegen die Geschäfte, die ohne die Rohheit nicht mehr zu machen sind.

kps



Ein Sorbe in Australien

MdL Heiko Kosel auf den Spuren seiner Vorfahren.

Melbourne begrüßt Bautzen

„Schuld“ an meiner Reise nach Australien ist Sachsens Ex-Kultusminister Rößler (CDU), der 2001 die Liquidierung des sorbischen Schulnetzes einläutete, indem er die Schließung der Sorbischen Mittelschule in Crostwitz anordnete. Daraufhin regte sich internationaler Protest, sogar im fernen Australien! Hier waren es vor allem die Nachkommen sorbischer Auswanderer; die Petitionen an Politiker schrieben und Geld für den Erhalt sorbischer Schulen sammelten. Mit Freude registrierten sie die Gerichtsentcheidung, die Sorbische Mittelschule in Radibor gegen den Willen des sächsischen Kultusministeriums vorerst zu erhalten. Verärgerung und Unverständnis erweckten dagegen die Pläne, weitere sorbische Schulen zu schließen. Sehr genau verfolgt man in Australien auch die Minderheitenpolitik der sächsischen Linksfraktion.PDS, die als einzige konsequent an der Seite der Sorben stand und steht. Und so kam es, dass ich Weihnachten 2005 als sorbischer Abgeordneter und

minderheitenpolitischer Sprecher unserer Fraktion nach Australien eingeladen wurde...

„Ufer der Hoffnung“.

Die kurze Zeit meines Aufenthaltes in Australien hätte den sorbischen Auswanderern, die ab 1848 die Ober- und Niederlausitz Richtung Australien verließen, nicht mal gereicht, um außer Sichtweite des alten Kontinentes zu gelangen. Die Strapazen und Gefahren der fast ein halbes Jahr dauernden Überfahrt nahmen seinerzeit rund 2.000 sorbische Männer; Frauen und Kinder auf sich. Zu unerträglich war die soziale Not, zu groß der Druck durch religiöse Bevormundung - und zu groß war die Hoffnung auf die neue(n) Welt(en). Daher tragen die Siedlungen, in denen sich die Auswanderer damals niederließen solche Namen wie Hope Vally oder Hope Town. Doch auch in der neuen Heimat war der Anfang schwer; viele scheiterten, manche gingen zu Grunde - doch nur wenige kehren enttäuscht in die Lausitz zurück.

Auch das noch ! Unglaublich ! Sorben in Australien?!

Wie kommen diese als so bodenständig geltenden Zeitgenossen ausgerechnet bis ans andere Ende der Welt?

Mit dem Schiff. Genauer gesagt: mit einem Segler, der ab 1849 viele sorbische Auswanderer nach durchschnittlich vier- bis sechsmonatiger Reise in Australien anlanden ließ.

Aber was trieb die Sorben dorthin?

Not, auch nationale Unterdrückung und religiöse Bevormundung. Und die Hoffnung auf Besserung im „gelobten Land.“

Und was ist an dieser Geschichte „links“ (sorbisch: „lěwy“) oder - da es ja um Australien geht - „left“???

Gesetzlich gesehen, der Straßenverkehr. Politisch betrachtet, die Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn in Australien. Und sicherlich so manches in der australischen Lebensweise und den Erfahrungen der sorbischen Auswanderer und deren Nachkommen auf dem fünften Kontinent.

Durch die Verhältnisse dort nicht gerade verwöhnt, meisterte das Gros der sorbischen Auswanderer auch die Schwierigkeiten des Anfangs in der neuen Heimat. Sie er- und überlebten den Goldrausch um 1850, wurden Farmer oder Hafearbeiter; später dann Banker; Unternehmer; Parlamentsabgeordnete und – wie den Familienfotos zu entnehmen ist – immer wieder auch Soldaten. Heute sind die Nachfahren sorbischer Auswanderer Rechtsanwälte, Lehrer für Meerestaucher und Wellensurfer... Aber auch zwei der berühmtesten Künstler Australiens und ein Paralympics-Sieger sind sorbischer Herkunft.

Tradition erhalten

Wie ich Unterlagen australischer Kirchenarchive entnehmen konnte, waren die sorbischen Auswanderer meist bestrebt, auch in der Fremde ihre Nationalität und Sprache zu bewahren. Zu den wenigen Habseligkeiten, die auf der Überfahrt mitgenommen werden konnten, gehörten fast immer sorbische Bibeln, Gesangbücher und Zeitungen. Die Auswanderer versuchten sorbischen Unterricht und sorbische Gottesdienste an ihren neuen Wohnorten zu organisieren, gelungen ist dies aber nur an ein, zwei Orten. Die Bedingungen zum Erhalt der Muttersprache in Australien waren schwierig, und beinahe wäre das Bewusstsein um die sorbischen Wurzeln erloschen, hätten nicht die Nachkommen der Auswanderer zunehmend begonnen, nach ihren Wurzeln zu fragen. In den 70er Jahren kam das Buch „Auf der Suche nach einer Heimat“, geschrieben von einem amerikanischen Professors sorbischer Abstammung, auf den Markt. Kurz darauf folgte eine Abhandlung zur Geschichte der Sorben in Australien. Beide Publikationen trugen maßgeblich dazu bei, dass viele Australier sorbischer Herkunft sich auf die Suche nach ihren ganz persönlichen Wurzeln machten. Eine Entwicklung, die mich mit Erstaunen und Bewunderung erfüllt.

Australisch-Sorbische Gegenwart

Heute werden die sorbischen Nachfahren in Australien hauptsächlich von der „Wendisch-Sorbischen Gesellschaft des Bundesstaates South Australia“ und der in Melbourne residierenden und sich für den „Rest Australiens“ zuständig fühlenden „Sorbische Erbe-Gesellschaft Australiens“ vertreten. Beide Vereine haben sich kleine solide Forschungszentren zur sorbischen Geschichte, Sprache und Kultur in der Lausitz und in Australien eingerichtet, sie geben eigene Zeitschriften heraus und sind beide Mitglieder der Domowina. Als was aber fühlen sich die Nachfahren sorbischer Emigranten in Australien heute? Als Sorben? Australier? Oder beides? Absolut australisch ist auf jeden Fall ihr Lebensstil. Andererseits fühlen sie sich mit der Lausitz verbunden und wissen um deren Geschichte und aktuelle Lage. Die sorbische Sprache beherrschen sie fast alle jedoch nur noch bruchstückhaft, trotzdem nennen sie Sorbisch liebevoll „unsere Sprache“ und bitten zunehmend darum, dabei zu helfen, in Australien Sorbischunterricht zu etablieren.

Minderheiten unter sich

Die sorbischen Auswanderer zählten zu den ersten europäischen Kolonisten in Victoria und South Australia. Die britische Kolonialmacht hatte das Land, bevor sie es preiswert an diese verkaufte, vorher zum Niemandsland erklärt und den australischen Ureinwohnern (Aborigines) weggenommen. So gerieten die Sorben als „Ureinwohner der Lausitz“ in den Konflikt zwischen britischer Kolonialmacht und den Ureinwohnern Australiens. Entgegen dem damaligen Zeitgeist der rassistischen Hetze betrachteten die sorbischen Kolonisten - vielleicht aufgrund eigener Erfahrungen - die Aborigines als Mitmenschen, auch wenn ihnen deren Kultur fremd war und lieb. So zumindest ist in Briefen von 1850 zu lesen: „Was die schwarzen Menschen betrifft, so kommen sie uns fast jeden Tag besuchen, bitten um ein Stück Brot, bedanken sich schön und gehen dann ihres Weges. Sie tun niemandem etwas und man kann ihnen mehr vertrauen als den Weißen.“

Respekt erzeugt Respekt

Das „Niemandsland“ gibt es nicht mehr und Australien hat sich endlich aufgemacht, den Aborigines „gerecht zu werden“. Die Regierung legte diverse Hilfsprogramme auf, bei denen auch Mitglieder der Wendisch-Sorbischen Gesellschaft helfen und gelegentlich Hilfstransporte zu den abgelegenen Siedlungen der Aborigines begleiten. Als ich mit dem Pensionär Dean eine solche Tour unternahm, waren gerade Teile für ein komplettes Schulgebäude auf den großen Truck geladen. Ziel war die Gegend, in deren Nähe vor etwa fünfzig Jahren Atomtests durchgeführt worden seien sollen. Dean sagt, man hätte gegenüber den Aborigines viel gut zu machen, und mir fiel auf, dass er sich in der Siedlung meist in der Sprache der Aborigines unterhielt. Der Respekt, den er den Aborigines und ihrer Sprache erwies, wurde ihm um ein vielfaches zurückgegeben. Dean, der selbst die Lausitz mehrfach besuchte, resümierte: „Es ist überall das gleiche ...“

Inspiration für zu Hause:

Der australische Mindestlohn

Eines der entscheidenden Instrumente zur Aufhebung der rassistischen White-Australia-Politik war der gesetzliche Mindestlohn, der der Hetze gegen asiatische Einwanderer als „Lohnrücker“ jedwede Grundlage entzog. Gegenwärtig beträgt der gesetzliche Mindestlohn für ganz Australien 12,75 Australische Dollar (ca. 7,65 Euro/Stunde). Als die neoliberale Regierung Howard im November 2005 den Mindestlohn einfrieren wollte, gingen landesweit eine halbe Millionen Demonstranten auf die Straße, allein in Melbourne etwa 200.000.

Neue Freunde und Australo-sorbische Langlebigkeit

Neben Dean habe ich in Australien viele neue Freunde gefunden. Einer davon ist Les, der zu den bekanntesten Künstlern Australiens gehört und der hartnäckig daran arbeitet, eine Ausstel-



Uraustralisch, aber kaum bekannter als die dort siedelnden Sorben: das Schnabeltier (*Ornithorhynchus anatinus*), das einzige eierlegende Säugetier. Es wird 35 bis 40 cm lang, 1,5 bis 2 kg schwer und lebt in Gewässern an der östlichen und südöstlichen Küste Australiens und auf den tasmanischen Inseln.

Foto: Stefan Kraft, unter GNU-Lizenz bei wikipedia veröffentlicht.

lung über sorbische Auswandererkunst auf die Beine zu stellen. Ein zweiter ist Bill, der mit 102 Jahren im Altersheim wohnt.

Bills Vater war, als er die Lausitz verließ, sechs Jahre alt und sprach nur Sorbisch. Erst in Australien lernte er Deutsch und Englisch. Bill dagegen verlor vor etwa 75 Jahren die letzte Person, mit der er sorbisch reden konnte - und vor 40 Jahren starb der letzte Verwandte mit Deutschkenntnissen. Heute ist Bill schwerhörig und die Unterhaltung fällt ihm schwer. Aber da er schon mal Besuch aus Europa hatte, wollte er unbedingt mitteilen, dass er Kriege nicht mag. Bills Leben wurde maßgeblich vom Ersten und Zweiten Weltkrieg und vom Koreakrieg geprägt.

Allerdings ist trotz der von mir beobachteten Offenheit und Toleranz der australischen Gesellschaft nicht damit zu rechnen, dass sich alle ethnischen und kulturellen Unterschiede wie in einem Schmelztiegel auflösen werden. Vielmehr ist zu erwarten, dass die griechische Straße und das italienische oder chinesische Viertel in den Städten Australiens genau so noch geraume Zeit Bestand haben werden, wie der polnische Kulturverein und die deutsche Fleischerei. Identitätsgruppen wie jene der Nachfahren der sorbischen Auswanderer kommt für den Zusammenhalt einer solchen Gesellschaft vielleicht eine ganz besondere Bedeutung zu.



Schmelztiegel oder Salatschüssel?

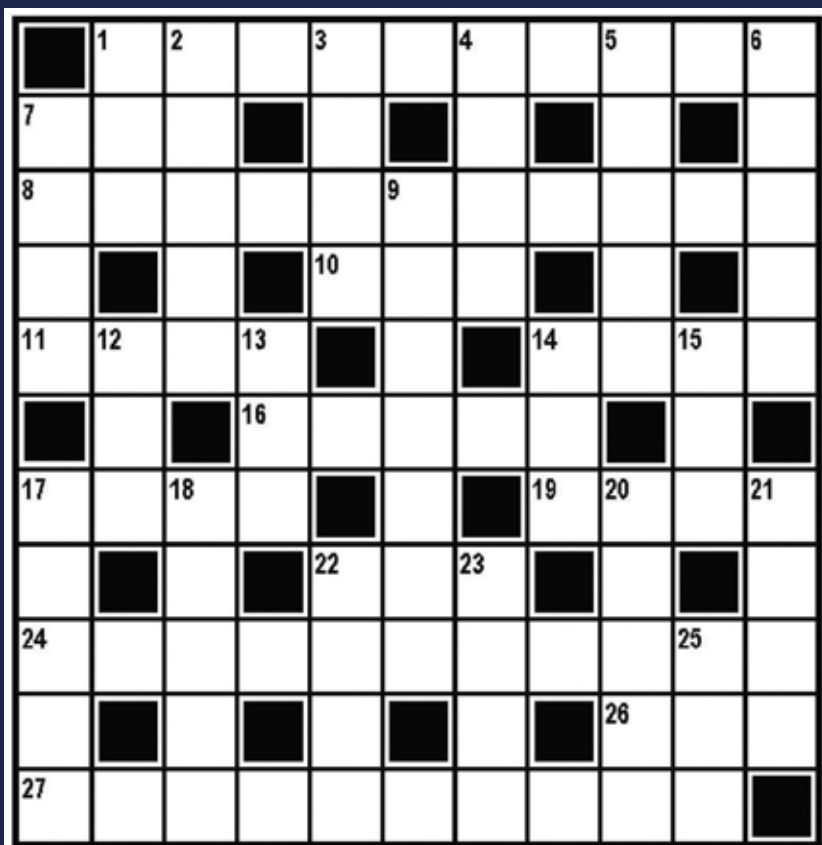
Trotz des Wissens um die bis in die 60er Jahre in Australien betriebene rassistische Politik für ein so genanntes „Weißes Australien“ und trotz der rassistischen Ausschreitungen vom Dezember 2005, habe ich in Australien eine multikulturelle und tolerante Gesellschaft erlebt. Es war beeindruckend, wie zehntausende Fans nach einem Kricketspiel in Melbourne ohne jede Polizeiabsperzung über den Festplatz des jüdischen Hanukka-Festes liefen - und nichts ist passiert.



Das Letzte



Den Platz für den Adressaufkleber zum Postversand nutzen wiederum die Miezen von www.leben-mit-tieren.de



Waagrecht: 1. Entziehung von Eigentum im öffentlichen Interesse durch Verwaltungsakt; viele „Ossis“ können dadurch ab 1.1.2007 ihre Garage „loswerden“, 7. Koseform von Irene, 8. ugs.: möglicher, geplanter Verwaltungsakt, nach dem am 31.12.2006 die Investitionsschutzfrist ausläuft, 10. Bodenschatz, Metallgestein, 11. Stimmzettelbehälter, 14. Ackerland, 16. Vorname des Vorsitzenden der Linksfraktion. PDS im Sächs. Landtag (Porsch), 17. Vorname der landwirtschaftspolitischen Sprecherin der Linksfraktion.PDS (Altmann), 19. Fadenspiel, wer seine „Pfunde“ reduziert, sollte Acht geben, dass dieser Effekt nicht eintritt, 22. Hafenstadt in Brasilien (Kzw.), 24. blaue Waldfrucht, 26. Fabelname des Adlers, 27. Aufhebung eines Vertrages; für Garagenbesitzer kann es ab 2007 zur Realität werden.

Senkrecht: 1. Arnozfluss in der Toscana/It., 2. größter Fluss in Kirgisien, 3. Gerät zum Lockern des Ackerbodens, 4. ungeteilt, heil, 5. Quellfluss des Ubangi (Afrika), 6. Ort am Tegernsee, 7. Schneehaus, Eskimohütte, 9. Anteil am Erbe, im Falle einer Garage auf fremdem Boden sollte ab 2007 sorgfältig geprüft werden, 12. Abk.: Religion, 13. Stadt bei Zwolle (Niederlande), 14. engl. Dramatiker (Christopher) „Venus im Licht“, 15. Arbeitsmarktpolit. Sprecherin der Linksfraktion.PDS im Sächs. Landtag (Caren), 17. Sittenlehre, 18. Spaltwerkzeug (Mz.), 20. engl.: Meer, 21. Rufwort für Kellner, Zahlkellner, 22. US-Schauspieler (Dean, gest. 1986), er spielte u. a. in Indianerfilmen und lebte viele Jahre in der DDR, 23. oben stehend, oben genannt, 25. Jazz-Element, moderner Musikstil.

